

lesezeichen

“An der TU Darmstadt wird keine dezidierte Rüstungsforschung betrieben.”

H.J. Prömel, Präsident der TU Darmstadt

Zeitung des AStA der TU Darmstadt | Ausgabe SoSe 2011 | www.asta.tu-darmstadt.de



SoSe 2011

vorsprechen

Liebe Studierende,

der Stimme der Studierendenschaft fehlt es an Deutlichkeit. Laut, kritisch und politisch polarisierend möchten wir wirken und den Campus mit einer entsprechenden Zeitung bereichern. Als politische Vertretung der Studierenden der TU Darmstadt möchte der AStA (Allgemeine Studierende Ausschuss) mit dieser Zeitung auf der einen Seite über aktuelle Debatten, Probleme und Ereignisse aus Sicht der Studierenden berichten. Auf der anderen Seite möchten wir euch die Möglichkeit geben, die Selbstverwaltung der Studierendenschaft und deren Arbeit kennen zu lernen. Wir möchten euch insbesondere motivieren daran aktiv mitzuwirken.



Bild: J.M. Steitz

Der Redaktion ist es wichtig, dass in Zeiten des Umbaus der Hochschulen zu Dienstleistungsunternehmen und der Implementierung wirtschaftlicher Steuerungselemente in Verwaltung, Forschung und Lehre, Studierende über ihre Möglichkeit der Teilhabe und Mitbestimmung an der Hochschule aufgeklärt werden, ihnen aber auch die Möglichkeit zur wirklichen Teilhabe gegeben werden muss.

Die Einführung von Bachelor und Master führte europaweit zu einer Verschärfung der Situation der Studierenden. Neben dem höheren Prüfungsdruck wurde eine lange Liste von Selektionsmechanismen an den Hochschulen etabliert, die das Studium von heute prägen. Studierende wurden ihrer Freiräume zunehmend beraubt. Freiräume, die studentisches Engagement und Mitbestimmung dringend brauchen.

Mach mit!!!

Studierendenvertretung ist ein Ehrenamt. Wie in allen ehrenamtlichen Tätigkeiten gibt es immer mehr Aufgaben, Arbeiten oder Projekte, als es Menschen gibt, die über ihre eigentliche Tätigkeit hinaus eben diese Aufgaben übernehmen. Im Hinblick auf Mitbestimmung und die Selbstgestaltung des Studiums ist es wichtig, dass es genügend Menschen gibt, die sich über ihr Studium hinaus für andere engagieren.

Natürlich gibt es eine Aufwandsentschädigung. Doch steht im Vordergrund, dass ihr viele neue Facetten der Universitätsstruktur, sowie viele neue Gesichter kennen lernen könnt.

Es gibt viele Möglichkeiten, sich zu engagieren. Du kannst in deiner Fachschaft direkt an den Studienordnungen mitarbeiten oder in der studentischen Selbstverwaltung eine Aufgabe oder ein Referat deiner Wahl übernehmen.

Nicht nur Studierende sind von den massiven Veränderungen in der akademischen Wirklichkeit betroffen. Lehrende sind indes einem gnadenlosen Leistungsdruck ausgesetzt. Ihr beruflicher Alltag bedeutet ein Spannungsbogen zwischen qualitativ hochwertiger Betreuung und Massenabfertigung. Denn zum Anstieg der Zahl der Studierenden sind durch Bachelor und Master gleichzeitig die Anzahl der Prüfungsleistungen gestiegen. Zudem befinden sich Wissenschaftler*innen in einem permanenten Konkurrenzkampf um Drittmittel, Anerkennung und Hochschulrankings.

Es stellt sich also die Frage nach der Reaktivierung verloren geglaubter Freiräume gerade für Studierende und Lehrende. Der Faktor Zeit steht bei dieser Frage im Zentrum der Überlegung. Vor dem Hintergrund einer Erhöhung der Prüfungsleistungen und Wochenstundenzahlen pro Semester in fast allen Studiengängen, der Tatsache, dass nun mehr über zwei Drittel der Studierenden neben dem Studium ihren Lebensunterhalt mit mindestens einer Lohnarbeit bestreiten müssen, sind die zeitlichen Handlungsspielräume begrenzt. Zudem werden durch die Verkürzung der Studiendauer und der Verdichtung sogenannter Mammut-Veranstaltungen, die Anonymisierung des Studiums vorangetrieben.

Den ersten Schritt zur Beantwortung der Frage möchten wir, mit dieser Zeitung gehen. In dem wir über interessante Veranstaltungen berichten, über Schließungen interdisziplinärer Zentren schimpfen, über rechtliche Bedenken bezüglich prekär beschäftigter studentischer Hilfskräfte erzählen, über eigene Projekte informieren und aktuelle Geschehnisse in der Bildungspolitik kommentieren und aus studentischer Sicht bewerten.

Wir hoffen inständig, dass ihr euch durch die verschiedensten subjektiven Berichte, Interviews und Aufrufe angesprochen fühlt, euch mit den Inhalten kritisch auseinandersetzt und Motivation dahingehend entwickelt, euch Freiräume zu schaffen und euer Studium mit euren Interessen und Bedürfnissen ausfüllt.

Um unseren Autor*innen auf diesen Seiten Platz zu ihrer freien Entfaltung zu ermöglichen, sind die Texte in Stil und Themwahl so unterschiedlich wie die Autor*innen selbst.

Viel Spaß beim Lesen!

Euer AStA

Ähnlich wie auf Bundes- oder Landesebene kannst du dich in das Studierendenparlament über eine politische Liste wählen lassen. Der AStA ist das ausführende Organ der Studierendenschaft. Er führt dessen Geschäfte aus und vertritt die Studierendenschaft nach innen wie nach außen.

Ebenso lohnt es sich in weiteren Gremien der akademischen Selbstverwaltung als studentisches Mitglied aktiv zu sein. Im Senat oder der Universitätsversammlung kannst du auf grundsätzliche Entscheidungen der Universität Einfluss nehmen.

Auch wenn du politisch nicht organisiert und in keiner Hochschulgruppe aktiv bist, gibt es immer wieder Möglichkeiten, dich hochschulpolitisch einzubringen. Gruppen wie das Komitee für freie Bildung sind grundsätzlich für alle Menschen offene Foren, die sich einbringen wollen.

Bei Interesse oder Fragen komm einfach vorbei.

inhaltsverzeichnis

editorial	2
interview	3
Schuldenbremse	3
hochschulpolitik	4
Reaktion auf Bildungskürzungen	4
Rüstungsforschung an der TU	4
Studentische Mitbestimmung	5
Schließung des CISP	5
feminismus	6
Frauen in der Wissenschaft	6
Wir besetzen Räume	7
Ladyfest	8
Verqueerte Universität	9
referate	10
Nachhaltiges Reisen	10
Nazis blockieren in Dresden	10
Sozial- und Baßberatung	11
Hochschule selbst gestalten	11
Zensus 2011	13
kritik	14
Werbefreie Universität	14
Das Wort Studienbeiträge	14
Eliteuniversität	14
atomkraft	15
Ausstieg ist Handarbeit	15
revolution	16
Ägypten schreibt Geschichte	16
Demokratisierungsprozesse	17
arbeit	18
Studentische Hilfskräfte	18
soziales	19
Zweitwohnungssteuer	19
Wohnsituation	19
kultur	20
Kooperation mit Staatstheater	20
AStA Sommerfest 2011	21
Gewerbe des AStA	21
semesterticket	22
Das Neue Semesterticket	22
informationen	23
Fakten	24

AStA-Sitzungen

Stadtmitte | S103/56

Dienstag und Donnerstag 17:00

Kontakt

Referat für Hochschulpolitik:
hopo@asta.tu-darmstadt.de

Referat für Feminismus/Gleichstellung:
gleichstellung@asta.tu-darmstadt.de

Referat für Fachschaften:
fachschaften@asta.tu-darmstadt.de

Referat für Nachhaltigkeit:
nachhaltigkeit@asta.tu-darmstadt.de

Referat für Finanzen:
finanzen@asta.tu-darmstadt.de

Referat für Soziales:
soziales@asta.tu-darmstadt.de

Referat für Mobilität:
verkehr@asta.tu-darmstadt.de

Referat für Öffentlichkeit:
oeffentlichkeit@asta.tu-darmstadt.de

Referat für Antifa:
antifa@asta.tu-darmstadt.de

Referat für Queer:
queer@asta.tu-darmstadt.de

Büro

Stadtmitte

Mo, Fr: 9:30 - 14:00 Di, Mi, Do: 9:30 - 15:00

Lichtwiese

Mo & Mi.: 10:30 - 14:00

Generationengerechtigkeit? Die Bedeutung der Schuldenbremse für die zukünftige Bildungspolitik in Hessen

Interview vom 25. Februar 2011 mit Carmen Ludwig zu der aktuellen Bildungspolitik in Hessen und den Auswirkungen einer Schuldenbremse.



Bild: J.M.Steitz

Hallo Carmen,

am 27. März finden in Hessen Kommunalwahlen statt. Parallel dazu wird es auch eine Volksabstimmung geben. Was soll an der Verfassung des Landes Hessen geändert werden?

Ab dem Jahr 2016 wird das im Grundgesetz stehende Verschuldungsverbot diese Schuldenbremse auch für die Länder - und damit für Hessen gelten. Die Einführung einer hessischen Schuldenbremse in der Verfassung ist nicht notwendig, das Verschuldungsverbot gilt unabhängig vom Ergebnis der Volksabstimmung am 27. März. Warum also die Verfassungsänderung per Volksabstimmung? Dabei geht es darum, eine scheinbare Legitimation für eine neoliberale Politik gegen den Sozialstaat und die hessischen Kommunen zu schaffen.

Auf den ersten Blick scheint es vernünftig zu sein, dass ein Land nicht mehr Geld ausgeben darf, als es auch zur Verfügung hat.

Die Diskussion wird verlogen geführt. Von einem starken Anstieg der Ausgaben kann weder in Deutschland, noch in Hessen die Rede sein. Ganz im Gegenteil verfolgen beide seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, eine sehr zurückhaltende Ausgabenpolitik. So stiegen die Ausgaben des hessischen Landeshaushalts in den Jahren 1998 bis 2008 jährlich im Durchschnitt nominal nur um 2,2 Prozent, was real einem Anstieg von gerade einmal 0,8 Prozent entsprach. Nicht die Ausgabenseite ist das Problem, sondern wir haben vielmehr ein Einnahmenproblem! Seit Jahren wird unter verschiedenen Bundesregierungen und mit Unterstützung der hessischen Landesregierungen eine Politik der Steuersenkungen betrieben, von denen vorwiegend Gutverdienende, Reiche und Unternehmen profitieren. Und das gerade von denen, die jetzt die Schuldenbremse und Kürzungsprogramme durchsetzen wollen. Die wiederholten Steuersenkungen etwa bei der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer oder der Erbschaftsteuer haben massive Einnahmeausfälle verursacht, wodurch den öffentlichen Haushalten jährlich ein hoher zweistelliger Milliardenbetrag entgeht. Hinzu kommt, dass gerade in Hessen die Landesregierung wiederholt Steuerfahnder an ihrer Arbeit gehindert hat. Steuerausfälle sind damit nicht nur in Kauf genommen, sondern bewusst herbeigeführt worden. Dies zeigt: Wir leben nicht „über unsere Verhältnisse“, sondern vielmehr unter unseren Möglichkeiten!

Das Land Hessen hat im Haushalt 2011 bereits 700 Millionen Euro eingespart. Wo soll/kann noch gekürzt werden?

Die Landesregierung macht keinen Hehl daraus, dass sie ein umfangreiches Kürzungsprogramm plant. Gespart werden soll vor allem bei der Bildung, der Kultur und Sozialem. Es drohen auch weitere Privatisierungen.

In der Bildung wird zukünftig das Geld für dringend notwendige Bildungsausgaben und nötige Lehrer*innenstellen fehlen. Die kommenden Generationen zahlen somit den Preis für die Schuldenbremse. Ihnen werden vielleicht zukünftig weniger Schulden hinterlassen, aber dafür wird schon heute bei ihrer Bildung und damit ihren Zukunftschancen gespart. Das ist das Gegenteil von der viel beschworenen Generationengerechtigkeit!

Welche Auswirkungen werden die Kürzungen für die Menschen in Hessen haben?

Mit der Schuldenbremse droht ein Blankoscheck für Sozialabbau. Die staatliche Handlungsfähigkeit wird beschnitten und die Axt an den Sozialstaat angelegt. Zentrale und dringend benötigte öffentliche Zukunftsinvestitionen unter anderem im Bereich Bildung werden dann nicht mehr getätigt.

Und was sind die Folgen für uns Studierende in Darmstadt?

Wir haben 2010 ja bereits einen Vorgesmack bekommen, was nach der Volksabstimmung erneut drohen wird: So hat die Landesregierung den Hochschulen 30 Mio. Euro pro Jahr gekürzt. Dagegen haben Studierende, Beschäftigte und Hochschulleitungen massiv protestiert. Die Konsequenz dieser verantwortungslosen Kürzungspolitik ist, dass sich gerade die Studien- und Lehrbedingungen an den hessischen Hochschulen weiter verschlechtern. Noch vollere Seminare und Veranstaltungen sind vielfach die Folge. Die Leidtragenden sind Studierende und Beschäftigte.

Darüber hinaus besteht auch die Gefahr, dass die Landesregierung erneut die Einführung von Studiengebühren betreibt. Und natürlich sind Studierende wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger auch davon betroffen, wenn bei den öffentlichen Gütern gestrichen und zum Beispiel Schwimmbäder geschlossen werden.

Was für Perspektiven haben wir, um die Kürzungen zu verhindern?

Die Perspektive heißt: Am 27. März bei der Volksabstimmung mit NEIN stimmen und damit den Blankoscheck für den Bildungs- und Sozialabbau verhindern!

Jede und jeder kann Freunde, Nachbarn und Kommilitoninnen ansprechen und informieren. Material und weitere Informationen gegen die Schuldenbremse finden sich auf der Bündnisplattform www.handlungsfahiges-hessen.de Darüber hinaus kann mit der Beteiligung an der Demonstration am 19. März in Darmstadt ein Zeichen gegen die Schuldenbremse gesetzt werden.

Vielen Dank, dass du dir Zeit genommen hast!



Bild: Carmen Ludwig

Zur Person: Carmen Ludwig ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Politikwissenschaft an der JLU Gießen und promoviert derzeit zu dem Thema: „Zwischen Korporatismus und ‚Social Movement Unionism‘ - Eine empirische Untersuchung von Gewerkschaftsstrategien und -identitäten in Südafrika“. Sie ist stellvertretende Vorsitzende der GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft) Hessen und ist in der Tariff Kommission der TU Darmstadt aktiv. Sie referiert derzeit zu vielen hochschul- und bildungspolitischen Themen auf Landes- und Bundesebene für die GEW.

75 Mio € Bildungskürzungen

Reaktion: Zulassungsbeschränkungen für die doppelten Abiturjahrgänge an der TU Darmstadt



Bild: J.M.Steitz

Während die hessischen Hochschulen unter dem aktuellen Hochschulpaket leiden, steht die TU Darmstadt vergleichsweise gut da. Würden die anderen hessischen Hochschulen um Millionen gekürzt, konnte sich die TU Darmstadt in vielerlei Punkten auf Kosten der anderen Hochschulen auf den ersten Blick gut aus der Affaire ziehen. Nunmehr bleiben jährlich 4,3 Millionen Euro Einbußen im Grundetat, die laut Präsidium aus den Rücklagen entnommen werden müssen. Natürlich wäre es auch für die TU Darmstadt katastrophal, wenn sie in den nächsten 5 Jahren jährlich auf rund 4,5 Mio Euro verzichten müsste. Doch durch die im Hochschulpaket beschlossene Verschiebung von rund 9 Millionen Euro aus dem Grundbudget in das Erfolgsbudget, kommt im besonderen Maße der TU Darmstadt zu Gute. Denn neben der Universität Frankfurt steht die TU Darmstadt bei dem den Erfolgsbudget zu Grunde gelegten Kriterien - wie Drittmittelwerbung und weiteren Output orientierten Kriterien - an der Spitze von Hessens Hochschulen. Deswegen werden die Einbußen an der TU Darmstadt wesentlich geringer ausfallen, als an anderer Stelle.

Der Senat der Technischen Universität war vollen Lobes für den Präsidenten und dessen

taktisches Kalkül der politischen Zurückhaltung. Doch verschief die TU Darmstadt vollkommen, dass der Hochschulpaket 2011-2015 direkt in die Zeit der doppelten Abiturjahrgänge fallen wird. Zum Wintersemester 2011/12 werden doppelte Abiturjahrgänge aus drei Bundesländern und die durch die Aussetzung der Wehrpflicht betroffenen Menschen an die Hochschulen strömen. Sämtliche Kritik der Studierenden im Vorfeld wurde nicht ernst genommen und der Hochschulpaket dennoch als *alternativlos* stilisiert.

Naiv und völlig unvorbereitet versucht die Universität nun, nach dem die Studierenden ihren Druck erhöht haben und an anderer Stelle der Protest endlich eine Öffentlichkeit geschaffen wurde, mittels gegründeter Taskforce, Möglichkeiten für den Umgang mit den doppelten Abiturjahrgängen zu finden. An dieser Stelle sind Studierende nach wie vor nicht einbezogen. Da es versäumt wurde, zum richtigen Zeitpunkt eine klare Position gegenüber dem Land zu beziehen, werden nun die Fachbereiche direkt unter Druck gesetzt, dass die bis dahin noch zulassungsfreien Studiengänge, bis zum Wintersemester 2011/12 endgültig Zulassungsbeschränkungen haben werden.

Damit verschiebt die TU Darmstadt ihre Verantwortung. Das politische Versagen des Landes - nicht genug Mittel für den Ausbau der Hochschulen bereit zu stellen, sondern drastisch zu kürzen - wird von der Hochschulleitung an die Fachbereiche weitergegeben. Denen bleibt kaum eine andere Wahl, als Zulassungsbeschränkungen zu installieren. Letztlich sind so die potentiell ausselektierten Studierenden die Leidtragenden.

Diese Verschiebung der politischen Verantwortung auf das Subjekt findet mehr und mehr Einzug in die moderne Verantwortungsstruktur der Hochschulen. Output-Orientierung oder die Einführung von Leistungsvereinbarungen folgen dem Prinzip der Verantwortungsübergabe auf die/ den Einzelne/n. Folglich ist das Scheitern an den Zulassungshürden ein logischer Schritt in einer durch ökonomisierten und dem künstlichem Mangel ausgesetzten Dienstleistungsunternehmen Hochschule.

Es scheint, als seinen Zulassungsbeschränkungen alternativlos. Doch es ist alles andere als alternativlos - die Unterfinanzierung der Hochschulen ist nicht Gott geben, sondern politisch gewollt. Jeder Mensch an der Hochschule, und das schließt sämtliche Statusgruppen ein, hat die Möglichkeit, selbstbestimmt Druck auf die Verantwortlichen auszuüben. Dies funktioniert natürlich nicht alleine, sondern muss organisiert artikuliert werden. Die Gremien der akademischen Selbstverwaltung müssen von bloßen Verwaltungsgremien wieder in politische Entscheidungsgremien umgewandelt werden. Lehrende müssen sich gemeinsam mit ihren Studierenden auf allen Ebenen artikulieren und Druck auf die Verantwortlichen aufbauen.

Mit der Masse an potentiellen Studierenden, die zum Wintersemester an die Hochschulen strömen werden, daran scheitern und einen verherenden Verdrängungseffekt auf dem Ausbildungsmarkt verursachen, zeigt sich, dass ein Umdenken nötig ist.

Alleine durch die Erhöhung der Spitzensteuersätze könnten ausreichend Studienplätze finanziert werden, nachhaltige Bildung ermöglicht und das sinnlose Scheitern von jungen Menschen abgewendet werden. Das Vorhandensein von Alternativen macht die Sache um so verherender, denn es zeigt:

Der Mangel ist politisch gewollt!

Er darf nicht verwaltet, sondern muss politisch bekämpft werden!

Keine Rüstungsforschung an der TU Darmstadt

Prömel erklärt schriftlich, dass an der TU keine dezidierte Rüstungs- oder Militärforschung betrieben wird

Bundesweit wird zu dem Thema Militärforschung an den Unis gearbeitet. Bundeswehr und Verteidigungsministerium verfügen über immer mächtigere Ressourcen und Hinblick auf die Drittmittelpflicht an hessischen Hochschulen gewinnen sie gerade an technisch versierten Hochschulen und Universität an Einfluss. Gleiches gilt an den hessischen Schulen. Hier wirkt der Gesetzgeber mit sogenannten Kooperationsvereinbarungen zwischen Land und Bundeswehr ein. So dürfen Jungoffiziere der Bundeswehr neuerdings direkt in den Schulen für die Bundeswehr werben. Weiter noch, ganze Klassenfahrten zu Bundeswehr Stützpunkten inklusive Panzer fahren und Kriegssimulationen mit pseudo internationalen Beziehungen spielen steht dort auf der Tagesordnung.

In Hessen haben sich bisweilen nur wenige Hochschulen so klar geäußert wie die TU Darmstadt. Im Senat wurde auf Nachfrage wie selbstverständlich erklärt, dass die TU keine Rüstungsforschung haben möchte. Ähnlich äußerte sich Präsident Prömel in der Universitätsversammlung und schließlich auch schriftlich gegenüber dem AstA: "es gibt keine dezidierte Rüstungsforschung an der TU Darmstadt".

Dies ist ein wichtiger Schritt, der aber bei weiten nicht ausreicht. Der sogenannte Dual-Use Bereich wird von dem Wort "dezidiert" ausgeschlossen und deshalb muss dieser in einer verbindlich festgehaltenen Regel in der Grundordnung festgeschrieben sein. Die Universität ist eine zivile öffentliche Einrichtung und dem Gemeinwohl verpflichtet. Alle dem Dual-Use Bereich zugeordnete Forschungsvorhaben müssen sich unwiderruflich erklären und sich dem zivilen Nutzen verpflichten. Darüber hinaus ableitbare Nutzungsfelder sind zu reflektieren und gegen den zivilen Nutzen abzugleichen. Hierzu muss die gegründete Ethikkommission uneingeschränktes Initiativrecht erhalten.

In einem Zeitungsinterview gegenüber der FAZ äußerte sich nun ein Sprecher der TU Darmstadt eher zurückhaltend und betonte, dass es "eine eindeutige Verbotregel" so nicht geben wird.

Festzuhalten gilt, dass die Freiheit der Forschung nicht über der Freiheit der zivilen Öffentlichkeit stehen darf und so dem Frieden verpflichtet sein muss. Deswegen muss die Universität den notwendigen Schritt zu einer Zivilklausel ohne Umwege gehen.



Satirische Fotocollage (Bildmaterial TU/Privat)

Die Studierendenschaft der TU Darmstadt hat sich klar positioniert und eine Zivilklausel eingefordert. Gerade jetzt, da sich die TU Darmstadt eine Grundordnung gibt, ist es ohne große Probleme möglich, eben einen solchen Passus einzufügen:

„Die Universität wirkt für eine friedliche und zivile Gesellschaftsentwicklung. Sie ist selbst eine zivile Einrichtung, betreibt keinerlei Militär- oder Rüstungsforschung und kooperiert nicht mit Einrichtungen des Militärs oder der Rüstungsindustrie.“
vgl. Arbeitskreis Zivilklausel Uni Köln

Studentische Beteiligung? Von wegen!

Studentische Mitbestimmung wird immer wieder im großen Stil unterbunden

Studentische Beteiligung oder studentische Interessenvertretung musste historisch immer wieder erkämpft werden. In den 1960ern wurde mit dem Modell der Gruppenhochschule erstmalig der Statusgruppe Studierenden angemessene Mitbestimmungsrechte eingeräumt. In der Theorie wurden die Statusgruppen einer Hochschule gleichgestellt. Durch ein Bundesverfassungsgerichtsurteil wurden den Statusgruppen Teilhabe an den akademischen Gremien zugesichert, gleichzeitig der Professor*innenschaft aber uneingeschränkte Mehrheiten in allen hochschulpolitischen Gremien garantiert. Auf dieser Grundlage spielen Studierende in der akademischen Selbstverwaltung der Hochschulen bisweilen eine eher kosmetische Rolle. Erfolge studentischer Vertreter*innen beziehen sich meist auf den Gutwill der Professor*innenschaft oder des breiten Drucks von den Studierenden in Form von Streiks, Hörsaalbesetzungen und Demonstrationen.

Problematisch wird es in jedem Fall, wenn Studierende gute Vorstöße wagen, sich dann auf eine Verschiebung des Themas aus den Gremien, in (in-)offizielle Arbeitsgruppen einlassen. Hier wird immer wieder durch die persönliche Auseinandersetzung mit Präsidiumsmitgliedern suggeriert, dass es sich um tatsächliche Mitbestimmung handelt. Stattdessen werden studentische Vorstöße in der Regel verweicht, umgewandelt oder verändert, dass sie auf der Linie des Präsidiums und der stärksten Statusgruppe liegen. So dauert es lange, bis studentische Vertreter*innen ihre wahren Mitbestimmungsmöglichkeiten abschätzen können. Bisweilen kommt es vor, dass eine gnadenlose Überschätzung der Studierenden zu beobachten ist - dies mündet in Teils abstrusen Abstimmungsverhalten und in eine nicht nachvollziehbare Loyalität gegenüber dem Präsidium. Zu beobachten ist die Scheinbeteiligung derzeit in der

Debatte im Umgang mit den doppelten Abiturjahrgängen, der Aussetzung der Wehrpflicht und der strukturellen Unterfinanzierung der Hochschulen. Zu Beginn der Debatte um den Hochschulpakt 2011-2015 waren die Auswirkungen mindestens der doppelten Abiturjahrgängen allen Verantwortlichen bekannt gewesen. Aus der Gruppe der Studierenden wurde dieses Thema immer wieder aufgegriffen und es wurde aufgezeigt, dass gerade unter diesem Aspekt der Hochschulpakt nicht ausreichend ist. Für die endgültige Meinungsbildung über den Hochschulpakt im Senat und in den anderen Gremien wurde dieser Aspekt einfach außen vor gelassen.

Erst als die öffentliche Debatte über die doppelten Abiturjahrgänge von anderen Hochschulen aufgegriffen wurde, reagierte das Präsidium zaghaft mit einer Präsentation von externen Berechnungen eines Gütersloher Think-Tanks. Während das Präsidium mit der Gründung einer Task-Force beschäftigt war und gleichzeitig die Alternativlosigkeit der Zulassungsbeschränkungen postulierte, wurde aus der Gruppe der Studierenden bereits erste Konzepte für den Umgang mit den doppelten Abiturjahrgängen eingereicht. Diese wurden als nicht vernünftig eingestuft und wurde in die "vernünftige" Arbeitsgruppe UA-Lehre verschoben. Bisweilen wurde in die Task-Force kein Studierende/r einbezogen.

Mitte Februar wurde nun ausschließlich die Statusgruppe der Professor*innen zu einer offenen Diskussionsveranstaltung eingeladen. In der Einladung des Präsidiums heisst es: "Ich möchte Sie bestärken, die Zukunft unserer Universität mitzugestalten und sich in der Open Space Konferenz mit Ihrem immensen Wissens- und Erfahrungsschatz zu beteiligen. Ihre Meinungen und Perspektiven tragen dazu bei, das gemeinsame Verständnis für die

Entwicklung unserer Universität zu präzisieren und in künftige Entscheidungen einfließen zu lassen. Dies ist eine ausgezeichnete Grundlage, um das Profil und die Identität der TU Darmstadt weiter zu schärfen." Uns ist bewusst, dass es sich bei Open Space um eine Methode handelt, die auf jede Gruppenkonstellation anzuwenden ist, doch ist es für uns ein Hohn, diese exklusive Veranstaltung als eine Konferenz mit grundlegendem Charakter zu bezeichnen, wenn drei der vier Statusgruppen der Hochschule einfach ausgeschlossen werden.

Studentische Mitglieder haben sich daraufhin initiativ für die exklusive Veranstaltung angemeldet und waren am besagtem Termin im dem entsprechenden Raum. Wie zu erwarten wurde die Konferenz kurzfristig in eine andere Örtlichkeit verlegt, damit die Professor*innenschaft und das Präsidium für sich sein konnten.

Nach lautem Protest der studentischen Vertreter*innen im Senat, des ASTA und der Universitätsversammlung wurde ein Treffen mit Vizepräsident Motzko, exklusiv für Studierende, in Aussicht gestellt. Doch auch dieses Treffen wird an der Situation, dass eben nicht alle Statusgruppen an dem Entscheidungsprozess beteiligt sind wieder nichts ändern. Exklusive Momente sind keine wahre Mitbestimmung und dürfen auch nicht als solche verkauft werden!

Hier müssen die studentischen Mitglieder und die anderen Statusgruppen in der akademischen Selbstverwaltung endlich gemeinsam vorgehen und deutlich mehr Mitbestimmungsrechte in der akademischen Selbstverwaltung einfordern.

Einen ersten Erfolg konnten wir verbuchen: Es wird eine Universitätskonferenz mit und für alle Mitglieder der TU Darmstadt geben - wir sind gespannt!

Das Komitee für freie Bildung

außerparlamentarisch organisiert

Das Komitee für freie Bildung hat sich im Wintersemester 2008/09 aus vielen motivierten Menschen aus Darmstadt und Umgebung gebildet. Maßgeblich hat dieser Zusammenschluss die bildungspolitischen Aktionen, Demonstrationen und Flash-Mobs in Darmstadt vorbereitet und organisiert. Beschränken lässt sich die Gruppe nicht nur auf Bildungspolitik - der gesamtgesellschaftliche Bezug ist in der Gruppe gegenwärtig und ist fester Bestandteil des abgedeckten Spektrums.

Das Komitee organisiert sich basisdemokratisch und versucht bestehende Hierarchien selbstkritisch zu überwinden. Ziel ist es, den Einstieg in die Gruppe, deren Zusammensetzung sich nach Inhalten orientiert, so einfach wie möglich zu machen. Also komm doch vorbei und gestalte deine Hochschule mit!

Mit der Veranstaltungsreihe "Bildungslücke" haben wir uns in diesem Jahr bisher Schwerpunktmäßig mit dem Thema Bildungskürzungen, Inklusion, Schuldenbremse und Militarisierung des öffentlichen Lebens auseinander gesetzt.

Perspektivisch werden die Zulassungsbeschränkungen im Wintersemester 2011/12 und die daraus resultierende Selektion ein wichtiger Themenblock sein.

Wir treffen uns immer Montags um 17:30 im ASTA der TU Darmstadt

Wir würden uns lieber um die Probleme der Welt kümmern...

Senat schließt Anfang 2011 auf Vorschlag des Präsidiums das CISP

Das CISP, verantwortlich für die Studienbereiche (SB) und die interdisziplinären Studienschwerpunkte (iSP) wurde zum 31.12.10 geschlossen. Aus studentischer Sicht ein begrüßenswerter Schritt, um nach dem Rückzug der SB, das Zentrum auf seine eigentliche Aufgabe zu optimieren, die Autonomie der iSP zu wahren. Was vorher für zwei Themen verantwortlich war und jetzt nur noch für eins, braucht einen neuen Namen.

Naheliegender Schluss wäre die Gründung eines neuen, Fachbereichs unabhängigen Dachverbandes, zwecks Organisation und langfristiger Sicherung der iSP. Doch stattdessen sollen die iSP an einen Fachbereich abgeschoben werden, wo sie ihrem eigenem Anspruch, Lösungsansätze auf einer Ebene mit allen Wissenschaften finden, widersprechen. Enttäuscht über die Kurzsichtigkeit der Antragstellerin im Senat, Vizepräsidentin Gehring, organisieren sich Studierende, um dem Senat einen eigenen Antrag vorzulegen, der den Fortbestand der iSP in ihrer eigenen Logik sichern soll. Herr Motzko, Vizepräsident der TU Darmstadt, bittet den Antrag im Unterausschuss Lehre des Senats zu besprechen und stellt klar, dass er kein Zentrum für die iSP will. Eventuell ein Gremium mit Vertreter*innen aus den Fachbereichen. Dieser Vorschlag trifft bei den zahlreichen Gästen der Unterausschusssitzung vom 03.03.11, darunter ehemalige Organisator*innen der iSP, Studierende, sowie Lehrende, nicht nur auf Zuspruch. Der Antrag der Studierende scheint je-



Bild: F. Köhler

denfalls nicht gewollt. Wie es für die iSP weiter geht, bleibt offen.

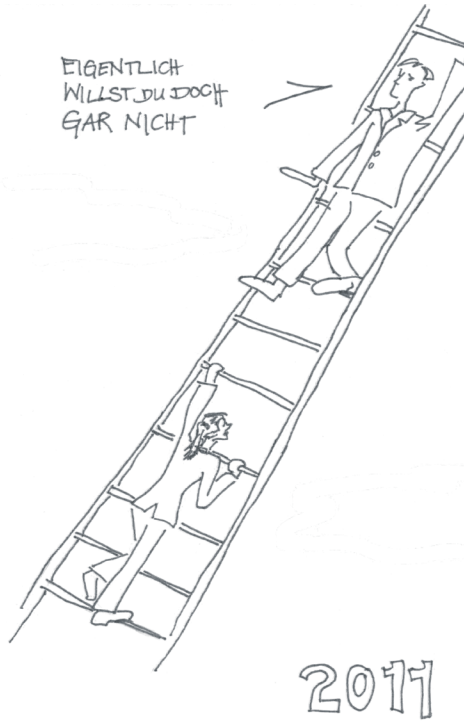
Schade, dass sich Studierende damit beschäftigen müssen, die Fehler des Präsidiums aufzufangen: der Schließung eines Zentrums mitten im laufenden Lehrbetrieb. Um dann die Ideologie der Beteiligten (Lehrenden, Studierenden, OrganisatorInnen) auszunutzen, von denen man weiß, dass sie es aus Überzeugung schon weiter tragen werden - denn sie wissen um das große Potenzial der iSP. Studierende haben damit begonnen, Veranstaltungen des kommenden Semesters selbst zu organisieren. Und Lehrende versuchen nun irgendwie doch noch eine Lücke für ihre Themen zu finden. Schade um diesen Mehraufwand, denn wir würden uns lieber mit den Problemen beschäftigen, an denen diese Welt traurigerweise zu leiden hat.

Frauen in der Wissenschaft!

Der akademische Karriereweg schließt Frauen konsequent aus



1950



2011

Bild: G.Bender

Seit 2002 ist bekannt, dass mehr junge Frauen Abitur machen als junge Männer, meist so gar mit besserem Notendurchschnitt. Über 50% der Erstsemester bundesweit sind weiblich - Trend steigend. Und die Schulen, von denen die jungen Studierenden kommen, sind zu 65% mit Frauen als Lehrpersonal besetzt (alleine am Gymnasium und an berufsbildenden Schulen sind weniger als 50% der Lehrkräfte weiblich)¹. An der TU Darmstadt sind aktuell jedoch 29,3% aller Studierender Studentinnen. Zum Wintersemester 2010/2011 waren nur 28,5% der Erstsemester Frauen, im Vorjahr waren es immerhin knapp über 30%².

Schon lange im Blick ist diese Tatsache: Je höher wir die Karriereleiter hinaufblicken, desto weniger Frauen können wir zählen. Genauso auch an der TU Darmstadt. Sind ein Drittel aller Studierenden Frauen und unter den administrativ-technischen

den Professor*innen nur noch ein Zehntel (inkl. Juniorprofessuren). Vergleicht man die letzten Semester miteinander, lässt sich feststellen, dass die Tendenz dazu geht, dass, prozentual gesehen, immer weniger Frauen an der TU Darmstadt sind³.

Diese Zahlen zeigen ein bundesweites Problem: die Gleichstellung von Mann und Frau ist noch lange nicht durchgesetzt! So ist überall zu sehen, dass Frauen, ob in der Wirtschaft, der Politik oder der Wissenschaft von Positionen, die eine hohe Karrierestufe bedeuten und damit gesellschaftliche Anerkennung und ein attraktives Gehalt, weiterhin nahezu ausgeschlossen bleiben.

„Die wollen halt nicht“ lautet darauf hin die Parole jener, die feste an die Realität der Chancengleichheit glauben. Doch die durch die Verfassung garantierte Gleich-

berechtigung von Mann und Frau kann mit Statistiken wohl kaum belegt werden. Im Gegenteil: Trotz eines „Aufschwungs“ der letzten 15 Jahren ist der „Wissenschaftsbetrieb eine Männerwelt“³ geblieben. Soziologisch gibt es einige Erklärungsansätze für die ungleiche Karrieresituation von Männern und Frauen in der vermeintlich objektiven Welt der Wissenschaft.

So sind die privaten Verhältnisse immer noch Ausschlag gebend für Karriere-möglichkeiten. Für Frauen, die bisher immernoch häufiger als Männer in sog. Doppelkarrierepartnerschaften leben, bedeutet dies den zusätzlichen Druck, für Kinder und Familie zu sorgen - eine Doppelbelastung, die für Männer nicht gilt.

Doch trotz der absteigenden Tendenz an der TU Darmstadt bleiben Chancen, um der Gleichstellung näherzukommen. Das Kriterium der Gleichstellung in der Exzellenzinitiative sollte ein Motor und Beschleuniger dazu sein. Denn vor allem die internationalen Gutachter*innen pochten auf die Gleichstellungskonzepte und die Bereitstellung von Mitteln für entsprechende Programme⁴. Doch um das schleppende Vorankommen der politischen Kräfte nicht stagnieren zu lassen, sondern den „Kolleteralnutzen“⁴ voll auszukosten, müssen wir als Studentinnen klar und mutig formulieren: „Wir wollen!“

Den Frauenförderplan der TU Darmstadt könnt ihr auf der uneigenen Homepage unter „Frauenbeauftragte“ einsehen (<http://www.intern.tu-darmstadt.de/frauenbeauftragte/>). Auch für Studentinnen gibt es dort wichtige Fördermöglichkeiten.

¹ vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Frauen in Deutschland. Von der Frauen-zur Gleichstellungspolitik, KIWI GmbH Osnabrück, 2004

² Zahlen aus: Präsidium TU Darmstadt: Rechenschaftsbericht des Präsidiums, 01.10.2009 bis 31.09.2010

³ Kraus, Beate: Wissenschaft als Lebensform: Die alltagspraktische Seite akademischer Karrieren. In: Haffner, Yvonne/ Kraus, Beate (Hrsg.): Arbeit als Lebensform? Beruflicher Erfolg, private Lebensführung und Chancengleichheit in akademischen Berufsfeldern, Campus: Frankfurt/New York, 2008, S.179

⁴ vgl. Sahra Damas: Alte Sieger auf neuem Treppchen. Die zweite Phase der Exzellenzinitiative. In: BdWi- Studienhaft 7, Jan.2011, S.7

100 Jahre Weltfrauentag

Video-Projekt im 603qm zum Weltfrauentag – ein Projekt des raum_in und des AStA der TU Darmstadt

Der Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden, kurz Weltfrauentag oder auch Internationaler Frauen Tag wurde am 08. März diesen Jahres zum hundertsten Mal begangen.

„... eine von ihnen gegen die Frauenquote ist. Grrr“

Das AStA- Referat für Feminismus der TU Darmstadt und einige aktive Frauen aus dem raum_in der Oetinger Villa gestalteten den Tag mit einem Video-Projekt. Von 11.00 bis 15.00 Uhr erstellten sie im Cafe-Betrieb des 603qm gemeinsam mit interessierten und spontanen Menschen ein Video. Unter dem Motto: „Frauen heute haben Grund zur Wut, weil ...“ konnten sich Betroffene und Solidarische Platz zur Empörung nehmen und Ungerechtigkeiten und Missstände aufzeigen, unter denen Frauen auch heute noch zu leiden haben - egal ob an der TU Darmstadt, Deutschland oder der Welt!

„... dem feministischen Kampf mit einer riesigen gesellschaftlichen Ignoranz entgegengetreten wird“

Am Projekt beteiligten sich über 25 Menschen und brachten ihre Gründe ein. Die Student*innen, Schüler*innen und Cafebesucher*innen erklärten ihre Wut

**FRAUEN
HEUTE
HABEN
GRUND
ZUR WUT,
WEIL...**

mit der Reduzierung von Frauen auf Äußerlichkeiten oder den gesellschaftlichen Druck zur Rechtfertigung, ohne Männer in den Urlaub zu fahren. Sie nahmen sich Platz zur Thematisierung von sexualisierter Gewalt gegen Frauen weltweit und teilten mit, dass das Nichterreichen der Gleichberechtigung aller Menschen auch im 21. Jahrhundert eine Triebfeder ihrer Wut ist.

... „Emanze“ als Schimpfwort benutzt wird

Im beginnenden 20. Jahrhundert bezog sich der Tag der Frau v.a. auf das Frauenwahlrecht. Bereits im ersten Weltkrieg wurde seine Spannweite erweitert und die Forderung von Frauen nach Frieden mit aufgenommen. Von Amerika über Deutschland bis nach Russland gibt es unterschiedliche Ereignisse und Kämpfe um den Weltfrauentag.

„... wir immer noch nicht gleichberechtigt sind“

Seit den 1970ern fordert die autonome Frauenbewegung die Abschaffung des „gönnerhaften 08. März“, um die Gleichberechtigung aller Menschen das ganze Jahr zu leben. Heute gilt er in einigen Ländern als gesetzlicher Feiertag - Deutschland gehört nicht dazu - obwohl auch hier die Gleichberechtigung noch lange nicht erreicht ist.

„... Frauen als emanzipiert gelten, wenn sie im Job unreflektiert Eigenschaften von Männern übernehmen.“

Der Stummfilm wird demnächst auf dem Monitor des Cafes des 603qm zu bewundern sein und auf dem Ladyfest Darmstadt im Weststadt Cafe 02.09.2011 gezeigt werden.

Fe-mi-nis-mus

Raus aus dem Privaten - Reloaded



Bild: www.lookism.info

Die feministische Theorie war und ist von einem breiten und kontroversen Diskurs bestimmt. Stehen Frauen- und Geschlechterforschung in der Wissenschaft für den Bereich der Analyse, grenzt sich die feministische Theorie, in Anlehnung an die kritische Theorie, davon ab, indem sie einen klaren Fokus auf die politischen Dimensionen wissenschaftlicher Theorie aufweist. Dabei betrachtet sie Geschlechterverhältnisse unter den Aspekten von Macht und Herrschaft und positioniert sich gegen jegliche Unterdrückung und Diskriminierung von Frauen.

In der Wissenschaft als interdisziplinäres Feld schon längst anerkannt, muss sich

der Feminismus in Politik, Wirtschaft und auch im Alltäglichen immer wieder gegen antifeministische Wirkmächtigkeiten durchsetzen. Gerade die neoliberalen Strömungen, die Selbstbestimmtheit und Freiheit suggerieren, versuchen, das Hinterfragen von kapitalistischen Machtstrukturen zu unterbinden, aufzuschwemmen, zu verwässern.

Das Einhergehen von Feminismus und Kapitalismuskritik hat seine Wurzeln u.a. in der seit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts sogenannten Haushaltsdebatte. In der Haushaltsdebatte geht es um den Begriff der gesellschaftlichen Arbeit, das heißt um die gesellschaftliche Aner-

kennung und (materiale) Entlohnung von Produktions- und Reproduktionsarbeit – also von Beruf und Haushalt. Sowohl die erste (um die Jahrhundertwende 19./20. Jahrhundert) als auch die zweite (circa 1970er) deutsche Frauenbewegung befassten sich mit der Zugänglichkeit von Frauen in den Bereich des Öffentlichen und damit hinaus aus dem für sie vorgesehenen Privaten. Der Beruf ist ein wichtiges Element in unserer Gesellschaft, um als selbstständig gelten zu können und sein Leben, selbstbestimmen zu können. Aber auch über 100 Jahre nach der ersten Frauenbewegung haben Frauen heute immer noch nicht die gleichen Möglichkeiten zur Berufswahl, werden schlechter bezahlt und leiden häufig an der Doppelbelastung durch die „Unvereinbarkeit“ von Beruf und Haushalt.¹ In den 1970ern wurden diese Probleme und Ungerechtigkeiten politisiert. Lautete das damalige Motto „Das Private ist Politisch“ (unter dem Slogan wurden weitere Diskurse miteinbezogen), kämpften Frauen heute wieder auf individueller Ebene und alleine mit ihrer angeblichen „selbstverschuldet“ falschen Work-Life-Balance.

Sind die Errungenschaften feministischer Bewegungen wie die rechtliche und politische Gleichstellung, selbstbestimmung über Körper, durch die Möglichkeit der Abtreibung, die Verankerung feministischer Forschung und Lehre und genderspezifische Themen als Querschnitt zu bewundern (und im kleinen beispielsweise durch konsequentes Gendern aller Texte aufzuzeigen), gilt es dennoch einige Herausforderungen anzunehmen. So muss den Individualisierungs- und Entpolitisierungsprozessen entgegen gewirkt werden, indem trotz der wissenschaftlichen Distanz Betroffenheit – sei es durch das Erfahren von Ungerechtigkeit oder das Aushalten von Widersprüchen in unserer Gesellschaft – wieder zum Gegenstand feministischer Analyse wird. So muss ein kritischer Umgang mit neoliberalen Einvernehmungsversuchen (z.B. Alphamädchen oder Auflösung der Geschlechter bloß als maximale Flexibilität) gefunden werden.

1.Vgl. Haffner, Yvonne/ Kraus, Beate(Hrsg.): Arbeit als Lebensform? Beruflicher Erfolg, private Lebensführung und Chancengleichheit in akademischen Berufsfeldern, Campus: Frankfurt/New York, 2008

Lookism:

Diskriminierung auf Grund des Aussehens

Ageism:

Diskriminierung auf Grund des Alters

Sexism:

Diskriminierung auf Grund des Geschlechts

Racism:

Diskriminierung auf Grund der Herkunft

Homophobia:

Diskriminierung homosexueller Menschen

Intersektionalität:

Überschneidung verschiedener Diskriminierungsformen in einer Person

LISA2 ALBERT
**NO
PEACE
WITHOUT
SEXISM**

Bild: www.lookism.info

7

feminismus

Wir besetzen Räume

Der Kampf gegen Diskriminierung ist vielfältig



Bild: http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Frauentag_1914_Heraus_mit_dem_Frauenwahlrecht.jpg

Vom 02. bis 04. September 2011 findet das ju_fem_netz -Treffen in Darmstadt statt. Das bundesweite Netzwerktreffen junger Feministinnen vorwiegend aus der Mädchenarbeit geht in die zweite Runde. So wie im vergangenen Sommer soll das Treffen jungen Feministinnen den Raum bieten für Diskussionen über (neue) Selbstverständnisse, herrschafts- und patriarchatskritische Perspektiven, queerfeministische Impulse, praktische Methoden oder historische Perspektiven. Zusammen soll an der Formulierung gemeinsamer Positionen, sowie einem gemeinsamen Profil gearbeitet werden, die dann in ein Manifest münden. Das Programm wird wie im vergangenen Jahr in einem interaktiven Prozess ausgearbeitet und orientiert sich an den Erfahrungen und Interessen der Teilnehmerinnen. Auch für uns Studentinnen ist das Treffen offen und interessant - funktioniert doch die Theorie-Praxis-Reflexion nur durch die Zusammenarbeit beider Seiten. Die besondere Qualität der Treffen liegt wohl darin, dass trotz unterschiedlicher Zugänge zum Thema Mädchenarbeit und Feminismus gemeinsame Ideen und politische Perspektiven entwickelt werden können. Dabei ist die Bedeutung von Denkräumen, in einer respektvollen Atmosphäre mehr als wichtig. Denn trotz aller Vielfältigkeit eint das Bedürfnis nach Austausch, nach gemeinsamen Positionen und Selbstvergewisserung. Ein Argument, dass damit die Bedeutung und Notwendigkeit von Räumen für Frauen und Mädchen unterstreicht. An dem Gefühl „Gemeinsam sind wir stark!“ soll weiter gearbeitet werden, um damit Netzwerke auszubauen, feministische Mädchenarbeit weiter zu denken sowie Strukturen und Gesellschaft zu gestalten! Und das mit Spaß, Freude und jungfeministischer Energie!

Der Grundstein für die Idee des Austauschs wurde im Rahmen der Jubiläumsveranstaltung der Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik e.V. im Dezember 2009 in Berlin gelegt. „Wir waren uns einig, dass es Zeit ist aus der Einsamkeit und dem Gefühl der Einzelkämpferin heraus zu kommen und erfreuten uns an der Idee und Notwendigkeit politischer und persönlicher Netzwerke. Auch als Ausdruck der Notwendigkeit einer neuen, lebendigen und feministischen Solidarität!“, so die Mitveranstalterin Linda Kagerbauer. Seitdem wurde in einem basisdemokratischen Verfahren ein Programm entwickelt, das sowohl der Lust nach Vernetzung als auch dem inhaltlichen Interesse gerecht werden sollte. Dabei wird bewusst auf Referent*innen verzichtet, sondern die Gruppe selbst als Ressource verstanden. Die Netzwerktreffen sowie das demokratische Verständnis hatte und hat dabei symbolischen Wert: Die Eroberung

von Diskussions- und Denkräumen stellt gerade in neoliberalen Zeiten, die in den einzelnen Mädchenspezifischen Projekten vor Ort wenig Zeit zum gemeinsamen Denken und Diskutieren lassen, ein Politikum dar. „Entgegen neoliberaler Leistungs- und Effizienzprinzipien wollen wir damit einen politischen Ort besetzen, der die Möglichkeit kollektiver Denkprozesse eröffnet. Dabei gehen wir aktiv in den Widerstand gegen neoliberale Individualisierung und Vereinzelung“, so Linda Kagerbauer.

Dementsprechend ermöglichte das Netzwerktreffen durch die interaktive und partizipative Form eigene Themen und Interessen zu diskutieren und zu politisieren. So wurde im vergangenen Treffen über Dekonstruktion, Gleichheit und Differenz diskutiert, die Geschichte feministischer Mädchenarbeit beleuchtet, Mädchenbilder in den Medien kritisch reflektiert und der Generationenkonflikt diskutiert.

Dabei waren die zentralen Fragen: Wie lassen sich Theorie, Praxis und Politik auch in der Mädchenarbeit verknüpfen und unterschiedliche Selbstverständnisse zusammen denken? Welche gemeinsamen, politischen Perspektiven ergeben sich aus unterschiedlichen Selbstverständnissen? Wie lassen sich queerfeministische Thesen mit der praktischen Mädchenarbeit verbinden? Wie kann eine Mädchenarbeit funktionieren, die eigentlich jegliche Kategorien abbauen möchte? Wie kann die Wirksamkeit und Bedeutung dieser Kategorien trotzdem Anerkennung finden? Und wie lassen sich diese Diskussionen in den pädagogischen Alltag übersetzen?

In einem diskussionsfreudigen Klima steht somit die Reaktivierung einer Vernetzungskultur als eine Antwort auf diese Fragen und aktiver Beitrag zu einer Repolitisierung feministischer Mädchenarbeit im Fokus der Auseinandersetzungen. Denn zur Beantwortung dieser Fragen braucht es Zeit, Distanz und Räume, die es ermöglichen, unterschiedliche theoretische Perspektiven als Analyseinstrumente zu verstehen, welche die stetige Wirksamkeit verschiedener, machtvoller Kategorien wahrnehmen, um sie gleichzeitig in einem herrschenden, heteronormativen und binären System zu verorten. Somit stehen weniger „die Mädchen“ im Mittelpunkt, als vielmehr gesellschaftliche Verhältnisse und Strukturen, in denen Mädchenarbeit passiert. Hier waren sich die Teilnehmerinnen einig, dass eine feministische Mädchenarbeit wieder viel stärker herrschende Verhältnisse anstatt das Verhalten einzelner Mädchen in den Blick nehmen muss.

Es gilt, sich kritisch mit neoliberalen Dis-

kursen wie den „Alphamädchen“ oder „Mädchen als Bildungsgewinnerinnen“ auseinander zu setzen, um gesellschaftliche Konfliktlinien, Widersprüche und somit Ausschließungsprozesse zur Grundlage/Legitimation der pädagogischen und politischen Arbeit zu machen.

Dabei spielt die Auseinandersetzung mit der Wechselwirkung von feministischer Theorie und Mädchenarbeit eine wichtige Rolle. „Feminismus darf für Mädchenarbeiterinnen nicht länger ein Fremdwort sein - ebenso wie die feministische Szene die Wichtigkeit und Notwendigkeit von Mädchenarbeit wieder für sich entdecken sollte“, so Mitveranstalterin Wiebke Dierkes.

Wie kann es beispielsweise funktionieren, in der Berufsförderung von Mädchen, nicht die Mädchen, sondern auch ein System zu kritisieren? Wie kann sich die Mädchenarbeit finanziell absichern und dabei systemkritisch bleiben? Fragen wie diese ermöglichen die Kooperationen und finanziellen Abhängigkeiten von Mädchenarbeitsprojekten kritisch zu betrachten, um den Begriff der Autonomie neu zu verhandeln. Dabei war es den Netzwerkerrinnen wichtig, neue Bündnisse zu denken und sich kritisch gegenüber Neoliberalismus oder Kapitalismus zu verorten. Und hier muss Mädchenarbeit mehr denn je Mädchenpolitik sein, sich einmischen, sichtbar werden und Widerstand leisten.

Diese Diskussionen müssen sowohl in den Einrichtungen als auch in einer politischen Öffentlichkeit verankert werden. Es gilt Netzwerke zu stärken - vielleicht auch mal nach Feierabend - Bündnisse herzustellen, um damit innerhalb und außerhalb der Strukturen kritische Perspektiven zu wahren, die sich dem Diktat einer neoliberalen Sozialpolitik entziehen.

Gerade für die Mädchenarbeiterinnen zeigt sich hier die Notwendigkeit, kritische Theorien bewusster in den pädagogischen Alltag zu verflechten, um dem Anspruch einer ganzheitlichen Mädchenarbeit gerecht zu werden. Es gilt, Praxis, Politik und wissenschaftliche Diskussionen bewusster zu verknüpfen.

Insgesamt muss sich Mädchenarbeit für diese Diskurse aber Räume zurück gewinnen, die Zeit für eine solche kritische Analyse lassen. Hier verortet sich, nach Meinung der Runde, wohl auch der Generationenkonflikt. Denn auch dieser lässt sich oft verstehen als Produkt fehlender Verständigung oder Verstehens. Hier liegt die Chance durch intergenerative Dialoge, unterschiedliche Positionen kennenzulernen, um gemeinsame Ziele zu formulieren zu lernen. Dabei braucht es vor Ort Räume, die diese Verständigungsprozesse ermöglichen, Selbstverständnisse zu diskutieren und kritische Ideen zu entwickeln.

„Die Perspektive des Wirs ist dabei selbst immer auch kritisch zu befragen. Zum Beispiel danach, von welcher Perspektive aus gesprochen wird, welche Auslassungen und Homogenisierungen vorgenommen werden. Trotz dieses komplexen Unterfangens muss es gleichzeitig Ziel sein, neben Selbstvergewisserungsprozessen auch politisch handlungsfähig zu bleiben, um soziale Ungerechtigkeiten und gesellschaftliche Machtverhältnisse skandalisieren zu können“, so Nicole Lormes, eine Teilnehmerin. Aktive Fachfrauen der Mädchenarbeit aber auch alle anderen interessierten Frauen sind herzlich willkommen und können sich über die LAG Mädchenpolitik in Hessen e.V. weitere Informationen einholen oder sich in den Verteiler aufnehmen lassen.

Mehr dazu auch unter:

www.feministisches-zentrum.de/junge-feministinnen-maedchenarbeit oder beim AstA.

Unterstützt wurde das bundesweite Netzwerktreffen durch die Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik Hessen e.V., der filia Frauenstiftung sowie dem Institut für Genderstudies und feministische Zukunftsforschung der Philipps Universität Marburg.

Nach dem Ladyfest ist vor dem Ladyfest

Riot Grrrls machen Party und laden ALLE ein! 2.9.2011 Weststadtcafé

Darmstadt's Ausgekkultur hat ja für eine Stadt dieser Größe einiges zu bieten. Nur: In der Regel sind es Männer, die Partys veranstalten, mit ihren Bands auftreten, Platten auflegen. Dabei gibt es so viel weibliches Party-Potenzial und viele kreative Macherinnen. Höchste Zeit für ein Ladyfest, bei dem die Frauen im Mittelpunkt stehen - dachte sich das Darmstädter DJ-Duo Morelle & Krete im vergangenen Jahr und organisierte das erste Ladyfest Darmstadt: Mit ausschließlich weiblichen Mitwirkenden, auf der Bühne, am Plattenteller und natürlich auch beim gesamten Drumherum, also in Sachen Organisation, Technik, Werbung und was eben sonst noch dazu gehört. Das Ladyfest war ein voller Erfolg und begeisterte über 500 Gäste.

Deshalb organisieren wir auch dieses Jahr ein Ladyfest. Lokation und Datum stehen schon fest: Freitag, 02. September 2011, Weststadtcafé Darmstadt. Das Programm ist noch in Arbeit. Wenn du Interesse hast, dich an der Gestaltung des Ladyfests zu beteiligen, dann melde dich im AStA oder schreib eine Mail an:

bender@asta.tu-darmstadt.de

Was ist ein Ladyfest?

Ladyfest ist ein feststehender Begriff und eine Idee, die es schon länger gibt. Gekeimt aus der Riot Grrrl-Szene, einer popkulturellen und feministischen Bewegung junger Frauen, die Anfang der Neunziger Sichtbarkeit und Respekt einforderten - besonders auch durch Musik. Und daraus entstand 2000 das erste Ladyfest in den



Bild: DJ Morelle

USA. Seit 2003 finden auch in Deutschland Ladyfeste statt. Dahinter steckt die Idee, eine feministische Veranstaltung zu machen, um vor allem Frauen einen Raum zu geben, in entspannter Stimmung richtig zu feiern zu können und damit feministischen Themen einen Raum zu geben. Ein Konzept ohne feste Regeln, aber mit klarem Ziel: Die nicht-kommerzielle Auslegung von Ladyfesten soll unterschiedlichsten, auch bisher wenig oder gar nicht präsenten Künstlerinnen eine Plattform bieten - um sich auszudrücken, ihr Wissen weiterzugeben, zu teilen und selbst kreativ zu sein. Dabei wird niemand ausgeschlossen: Als Gäste sind alle willkommen, die den Gedanken des Ladyfests unterstützen.

Brauchen die Darmstädterinnen das?

Die Initiatorinnen sagen: „Es gibt immer noch viele Frauen und Mädchen, die sich nicht trauen, ihre Ideen zu realisieren. Die wollen wir ermutigen zum "einfach-machen". Wir möchten das männlich codierte kulturelle Feld der Musik neu besetzen. Und wir hoffen, dem Ladyfest Austausch und Bündnisse unter den Frauen zu fördern. Vielleicht können wir Diskussionen anstoßen und auch einige scheinbare Selbstverständlichkeiten in Frage stellen.“ Das Ladyfest hat bereits viele Macherinnen zusammengebracht: Rund 17 Frauen sind bisher auf dem Verteiler und wir freuen uns über jede weitere Frau.

Verteiler: ladyfest@asta.tu-darmstadt.de

Verqueere Universität?!

Schwul, lesbisch, bisexuell, intersexuell und transgender an der TU Darmstadt

Offen queer an der Universität zu leben ist für einige queere Studierende undenkbar. Denn Transgender, Lesben, Schwule, Bisexuelle und Intersexuelle werden nicht selten aufgrund ihres Selbstverständnisses und Lebensentwurfs marginalisiert. „Brauchen wir überhaupt ein Queer-Referat an der TU Darmstadt?“ ist eine recht häufig gestellte Frage, die ich seit Beginn meiner Arbeit höre. Diese Frage kann ich jedoch nur bejahen. Ablehnung und Diskriminierung, jedoch auch die bloße Angst davor führen dazu, dass sich kein Raum für queeres Leben an der Universität entfalten kann. Dadurch werden queere Studierende an der Universität unsichtbar. Jeder wird jemanden in seinem Bekanntenkreis kennen, der/die queer ist, doch gibt es leider für diese Studierende kaum Angebote an der Universität. Auch in Darmstadt selbst gibt es nur wenige Orte, wo sich z.B. Schwule und Lesben frei geben und entfalten können. Es geht hierbei nicht darum zu sagen, dass queere Frauen und Männern sich verstecken müssen, weil die Universität und die Stadt so böse sind - die Realität ist allerdings etwas komplizierter.

Sieht man sich an der TU Darmstadt genauer um, gibt es nicht einmal eine eigene Abteilung für queere Belange und Themen. Queer zu sein kann Menschen vor besondere Probleme in Wissenschaft und Kultur stellen, doch zu wem geht man am besten hin? Die TU Darmstadt benötigt eine Beratungsstelle für queere Studierende. Genauso brauchen wir Aufklärungsprojekte, die Vorurteile und Ängste abbauen. Außerdem brauchen wir Foren, wo queere Studierende auf Gleichgesinnte treffen und sich gegenseitig kennen lernen. Selbst die berühmte Schwulen & Lesben-Party im Schlosskeller ist nicht mehr das, was sie mal war, weil die Angebote in der Umgebung weit besser sind als die in Darmstadt und so flüchtet das Publikum. Auch fehlt es an positiven Vorbildern an der Universität. Der queere Student und die queere Studentin sind unbekannte

Wesen an der TU Darmstadt. Insbesondere in den technischen Studienfächern ist die Dunkelziffer enorm, weil hier die falschen Vorstellungen über queere Menschen leider noch am stärksten ausgeprägt sind. Zum einen liegt es an der Unwissenheit der Leute, zum anderen wird unter queer eher Schmuddeliges vermutet, das an der Universität keinen Platz hat. Doch was bedeutet Queersein eigentlich? Für mich persönlich bedeutet queer kurzum „Anderssein“. Ob schwul, lesbisch, intersexuell, bisexuell, transgender, jedoch auch SMER und jeder der sich anders fühlt, ist mit queer gemeint. Keiner soll durch den Begriff ausgegrenzt werden, denn „queer“ soll Unterschiede zwar sichtbar machen, aber nicht homophob funktionieren, in dem es Schubladen schafft („du bist queer, du nicht“). Die Universität ist täglicher Lebens- und Arbeitsraum von queeren Studierenden, deswegen muss es einen souveränen Umgang mit dem „Anderssein“ geben. Nur wenige wissen, wie der Alltag für queere Studierende an der Universität aussieht. Nur weil jemand die ein oder den anderen schwulen oder lesbischen Dozierende kennt, heißt das nicht, dass die Universität gleich queer-freundlich geworden ist. Die Universität ist zum größten Teil patriarchalisch strukturiert,



Bild: Ludovic Bertron CC BY 2.0

davon kann auch die reine Ernennung einer Frauenbeauftragten nicht hinwegtäuschen. Da wo die Universität wirklich queer-freundlich ist, da wird nicht nur Wein statt Wasser gepredigt, sondern die Idee der umfassenden Selbstverwirklichung existiert wirklich. Jedoch sieht die Realität anders aus: Einige queere Studierende leben an der Universität ohne Privatleben. Was heißt das? Die meisten Studierenden verbringen eine Menge Lebenszeit an der Universität, sind aber nicht geoutet. Sollte es aber nicht selbstverständlich sein, dass man dort, wo man die meiste Zeit verbringt, auch offen lebt kann und sich nicht verstecken muss? Jedoch sind viele queere Studierende bei ihren Kommiliton*innen und Kolleg*innen nicht geoutet, weil sie Angst haben, sich anderen auszuliefern. Diese Angst ist nicht unberechtigt. Sexuelle Belästigung, Verbalattacken oder auch direkte Gewalt können leider Fälle von homophober Diskriminierung sein. Coming-out ist ein lebenslanges Thema, deshalb muss es queere Interessenvertretungen an der Universität geben, die die Betroffenen unterstützen.

Nach dem Gleichbehandlungsgesetz gibt es für queere Frauen und Männer ein Beschwerderecht, doch an wen soll sich das im konkreten Fall richten, wenn es an der Universität nicht einmal ein Bewusstsein für queere Lebensweisen gibt? Eine kritische Auseinandersetzung in Forschung, Lehre und Studium muss deshalb gefördert und Vielfalt und Unterschiede wertgeschätzt werden. Mir persönlich geht es im Queer-Referat vor allem darum, den Mut zur Authentizität zu stärken und Vorurteile, Klischees und falsche Vorstellungen abzubauen. Ganz nach dem Motto „Ist die Uni queer genug?“ Wer eigene Ideen hat und sich einbringen möchte, oder bloß Informationen sucht, ist eingeladen, jeder Zeit im AStA-Raum vorbeizuschauen oder mir einfach eine Email zu senden:

queer@asta.tu-darmstadt.de

9

feminismus

Neues vom Referat für Nachhaltigkeit

Nachhaltiges Reisen am Beispiel der vom AStA organisierten Fahrt zur Anti-Nazi Demonstration nach Dresden

Welche nachhaltige Verantwortung haben Studierende auch beim Reisen und wie nimmt man das eigene nachhaltige Bewusstsein mit in die Reiseplanung auf.

Unter dem Begriff der Nachhaltigkeit versteht man zunächst die Verzahnung aus Ökologie, sozialer Verantwortung und Ökonomie. Beim Reisen achten die meisten von uns nur auf die eigene ökonomische Nachhaltigkeit. Das bedeutet, dass man selbst Kosten und Nutzen der Reise abwägt und sich klar macht, wie nachhaltig sich die Reise finanziell auswirkt.

Will Studierende/r wirklich nachhaltig reisen, bedeutet dies jedoch, dass er/sie sich auch Gedanken über die sozialen und ökologischen Folgen seiner Reise machen muss. Man sollte sich also die Fragen stellen: Wer lebt in dem Land, das ich bereise? Also: Wie ist die Kultur, die Sprache? Was sind die transzendentalen und immanenten Werte der Gesellschaft? Was für ein politisches und wirtschaftliches System hat das Land, das ich bereisen will? Wenn man dann noch umweltbewusst ist, stellt man sich zusätzlich die Frage: Welche Auswirkungen hat diese Reise auf Natur und Umwelt?

Das Beachten dieser drei Aspekte ist für ein nachhaltiges Bewusstsein immanent wichtig. Wie nachhaltiges Reisen aussehen kann, werde ich im Folgenden, anhand des Beispiels der vom AStA organisierten Fahrt zur Anti-Nazi Demo nach Dresden, beschreiben. Am 19.02.2011 fand eine Anti-Nazi Demo in Dresden

statt, für die auch der AStA geworben, Busse organisiert und Buskarten verkauft hat. Die gesamte Reise wurde nachhaltig geplant und organisiert. Und so konnten wir die drei oben genannten Aspekte der Nachhaltigkeit vereinen:

Ökonomische Nachhaltigkeit: Um sicherzustellen, dass möglichst viele Menschen mitkommen, haben wir für den Busticketverkauf ein solidarisch gestaffeltes Preismodell verwendet. Das bedeutet, dass der Normalpreis bei 10€ lag. Wer sich die 10€ nicht leisten konnte, musste 5€ zahlen und diejenigen, die es sich leisten konnten, durften 20€ bezahlen. Somit unterstützen die finanziell besser Gestellten diejenigen, die eben nicht so viel in der Tasche haben.

Soziale Verträglichkeit (oder im Fall der Anti-Nazi Demo: Soziale Verantwortung): Ich denke, zu diesem Punkt muss ich nichts sagen. Nationalsozialistisches Gedankengut und die damit einhergehenden rassistischen Attitüden sind menschenfeindlich und ein Verstoß gegen jegliche moralische Prinzipien. Deshalb gilt es, sich gegen Rassismus zu positionieren und zu demonstrieren, um somit der sozialen Verantwortung gerecht zu werden. **Ökologische Nachhaltigkeit:** Ökologisch nachhaltiges Reisen ist leider nicht so einfach, wie man sich das vielleicht denkt, denn es gibt unendlich viele Aspekte, die auch bei solch einer Reise der Natur direkt und indirekt schaden. Sei es durch Schadstoffemissionen oder persönlichen

Müll, um nur die beiden wichtigsten Umweltschädlinge bei dieser Reise zu nennen. Wir vom AStA haben uns deshalb für einen CO₂ - Ausgleich entschieden. Nach einer längeren Recherche habe ich ca. 10 Organisationen gefunden, die mit Hilfe von Spendengeldern nachhaltig CO₂ einsparen. Wir haben uns für die Organisation „PrimaKlima-weltweit e.V.“ entschieden, die mit dem Instrument der Aufforstung in Deutschland innerhalb von 10 Jahren die emittierte CO₂ Menge ausgleicht. Im Übrigen werden nur etwa 10% der Spendengelder für die Verwaltung ausgegeben (üblich sind 20%). Um nun mit einigen Zahlen jonglieren zu dürfen, werden bei unserem speziellen Fall der Dresden-Fahrt, pro Bus à 48 Menschen für die Strecke hin- und zurück 1,5t CO₂ in die Atmosphäre geschossen. Für einen Ausgleich benötigt man eine Aufforstungsfläche von 150qm. Und genau diese Fläche wird der AStA pro Bus an die Natur zurückgegeben/spenden.

Fast jede/r Studierende wird während des Studiums und auch danach Reisen tätigen. Ob das nun Städtereisen, Strandurlaube, Tagesseminare oder Fahrten zu Demonstrationen sind, spielt dabei keine Rolle, da die Reise auf jeden Fall Auswirkungen auf Mensch und Natur haben wird. Alles menschliche Handeln verändert die Natur, weil wir alle ein Teil von ihr sind. Somit haben wir alle die Verantwortung, nachhaltig mit der Welt umzugehen. Also bedenkt dies bei eurer nächsten Reise.



Bild: J.M.Steitz

Naziaufmarsch am 19. Feb in Dresden erfolgreich verhindert

Wie letztes Jahr wurde Europas größter Naziaufmarsch erfolgreich verhindert - der AStA hat zusammen mit einem breiten Bündnis 3 Busse aus DA organisiert

Es ist 1 Uhr morgens, wir befinden uns noch an der Bushaltestelle vor dem Darmstadtium. Immer mehr Menschen kommen herbei geströmt - bekannte aber auch viele neue Gesichter. Die Busse kommen an, alles geht viel schneller als letztes Jahr. Vereinzelt wird es hektisch, überwiegend ist die Stimmung ruhig. Kurz bevor wir losfahren, die erste Kontrolle. Es werden Nummern und verantwortliche Personen von der örtlichen Polizei aufgenommen.

Es kann endlich losgehen - wir müssen uns beeilen, wir treffen uns auf der Autobahn mit den 12 anderen Bussen aus Hessen. Später werden wir noch mit den Bussen aus Thüringen zusammentreffen. Es bleiben zwischen den Pausen immer nur 2 Stunden Schlaf - den haben wir alle nötig.

Gegen 8.15 Uhr fahren wir kurz vor Dresden von der Autobahn ab. Zuvor bekommen wir einen Anruf, dass wir uns fertig machen sollen. Mittlerweile sind wir gut 25 Busse. Noch in der Autobahn-Abfahrt werden wir von der Polizei angehalten - kurze Verwirrung, dann wird klar, wir müssen laufen!!! 10 km vor Dresden setzt sich der erste Teil des Konvois ab. Wir warten auf den Rest und laufen als zweiter Block nach Dresden rein.

Kurz nach dem ersten Ortsschild nehmen wir die S-Bahn. Unser Glück! Wir schaffen es mit rund 300 Menschen etwa 500 M

an unseren Blockadepunkt heran. Nachdem die S-Bahn nicht weiterfahren kann, finden wir schnell Anschluss an eine weitere Demogruppe. Gemeinsam können wir schnell Boden gutmachen und diverse Polizeiketten umgehen. Schließlich landen wir einen Straßenzug oberhalb unseres Blockadepunktes. Dort werden wir erstmals mit massivem Schlagstock- und Pfefferspray-Einsatz konfrontiert. Glücklicherweise werden wir von den Polizeikräften weiter in Richtung unseres eigentlichen Blockadepunktes gedrängt.

Dort angekommen heißt es erstmal, zur Ruhe kommen. Viele Menschen sind geschockt, haben erstmalig so ein krasses Vorgehen der Polizei hautnah miterlebt. Rund 6 Stunden harren wir auf unserem Blockadepunkt aus - immer wieder wird von Seiten der Polizei versucht, die Lage eskalieren zu lassen, teilweise werden willkürlich Menschen aus der Blockade herausgezogen. Doch gute Musik und leckeres Essen lassen uns durchhalten.

Wir können mit unserem Blockadepunkt, mitten auf der Marschroute der Nazis und rund 200 Meter vom HBF entfernt, mit dazu beitragen, dass die Nazis wie im letzten Jahr ihren Marsch nicht antreten können. Für uns ist das ein riesen Erfolg. Es ist wichtig, dass viele Menschen aus der Studierendenschaft ihre gesellschaftliche Verantwortung an diesem Tag wahrneh-

men und sich entschlossen den Nazis entgegenstellen.

Nach einem kleinen Marsch sind wir pünktlich an den Bussen zurück. Euphorisch, aber doch leicht unterkühlt treten wir gemeinsam die Heimfahrt an. Um 3 Uhr morgens kommen wir hundemüde in Darmstadt an!

Am 19. Feb 2011 haben über 20.000 Menschen sich in Dresden den Nazis entgegengestellt. Auch wenn die Stadt Dresden und die Polizei angekündigt hatten, alles nötige zu unternehmen, um die Nazis laufen zu lassen, konnten an den Knotenpunkten Blockaden entstehen und zum größten Teil Stand halten.

Als Teil der Gesellschaft hat die Studierendenschaft der TU Darmstadt mit ihrer Unterstützung und Organisation von Bussen nach Dresden einen wichtigen staatsbürgerlichen Beitrag geleistet. Gerade im Hinblick auf die Verbrechen, die auch von den Studierendenschaften im dritten Reich getragen wurden, wird es immer unsere Aufgabe sein, alles mögliche zu unternehmen, dass ein solch menschenverachtendes Gedankengut aus unserer Gesellschaft verschwindet.

Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen! Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Die moderne Dienstleistungshochschule

Möglichkeiten und Grenzen studentischer Mitbestimmung



Bild: F.Köhler

Der ASTA der TU Darmstadt veranstaltet nun zum zweiten Mal zusammen mit der Hochschuldidaktischen Arbeitsstelle (HDA) eine Veranstaltung in Seminarform, das sich mit der Frage der studentischen Beteiligung in einer Präsidial-Hochschule befassen möchte. Diese Veranstaltung ist dem Projekt "Service Learning" zugeordnet und wird zum Teil aus QSL-Mitteln finanziert.

Die Veranstaltung

Die Veranstaltung ist als ein wöchentliches Seminar vom hochschulpolitischen Referat konzipiert worden. Im letzten Semester musste es auf Bitten der Seminarteilnehmer*innen auf 2 große Blöcke umgelegt werden. Inhaltlich werden sich die Seminarteilnehmer*innen mit der Geschichte der Hochschule unter dem Gesichtspunkt der studentischen Mitbestimmung auseinandersetzen. Das bedeutet, dass die Entwicklungsschritte der Hochschulen von einer Ordinarienstruktur im 17. Jahrhundert, über das Modell

der Gruppenhochschule hin zu einer Präsidialen-Hochschulstruktur von heute aufgezeigt und in einen historischen Kontext gestellt werden. Maßgebliche Entwicklungsschritte sollen erfasst und diskutiert werden - vor allem vor dem Hintergrund der Beteiligungsmöglichkeiten für Studierenden.

Service Learning

Um der Lehr- und Lernform Service Learning gerecht zu werden, besuchen die Seminarteilnehmer*innen parallel zu den wöchentlichen Veranstaltungen die Gremien der akademischen Selbstverwaltung der TU Darmstadt. Zuvor theoretisch erarbeitete Erkenntnisse können so direkt erlebt und reflektiert werden. Begleitet wird das Seminar von der Projektleitung der HDA. Sie hilft der Seminarleitung die didaktische Vorbereitung und Durchführung entsprechend anregend zu gestalten.

Ziel der Veranstaltung

Im Hinblick auf den Strukturwandel der

Hochschulen, der weiteren Einschränkung der Beteiligung aller Statusgruppen an den Entscheidungsfindungsprozessen der akademischen Selbstverwaltung und des schwinden Rückhalts der Studentischen Vertretung in der Studierendenschaft, soll das Seminar dazu beitragen, dass Studierenden die historische Entwicklung der Studierendenschaften und der Mitbestimmungsrechte kennen lernen, die Möglichkeiten und Chancen derzeitiger Mitbestimmungsmöglichkeiten nutzen lernen und motiviert werden an der ehrenamtlichen Selbstverwaltung der Studierendenschaft teilzuhaben.

Längerfristig möchten wir versuchen, das Seminar als anerkannte Lehrveranstaltung in Studienordnungen einzufügen. Das bedeutet, dass das Seminar ein studentisch organisiertes Seminar bleiben soll.

Termine im SoSe 2011

Mo 14:25 - 16:15

ankenbrand@asta.tu-darmstadt.de

Änderungen bei der BAföG-Regelung

Das Sozialreferat des AStA berät Studierende kostenfrei

Das Sozialreferat des AStA der TU Darmstadt bekleide ich als eingestellter Referent seit ca. 1 ½ Jahren. Zum AStA bin ich im Laufe der Bildungstreikmobilisierungen und dem Bildungstreikcamp im Sommer 2009 gekommen. So bin ich nach und nach in dieses Referat hinein gewachsen und betreibe es seither neben meinem Informatikstudium.

Bafögberatung

Als Sozialreferent biete ich einmal wöchentlich für zwei Stunden die sogenannte Sozial- und BAföG-Beratung an. Zur Zeit findet sie immer Dienstags von 13:30 - 15:30 Uhr in den Räumlichkeiten des AStA statt. Wenn ihr die Beratung nutzen wollt, kommt ihr einfach in den offenen Raum zu den oben genannten bzw. zu den Zeiten die auf der Webseite genannt werden. Dieser ist im alten Hauptgebäude (S103) Raum 56 direkt neben dem Büro vom AStA. Genutzt werden darf dieser Raum übrigens auch von allen anderen zum Lernen, Zeitung Lesen oder auch, um euch bei einem stressigen Unitag einfach mal auszuruhen und neue Muße zu sammeln. Die Beratung zielt darauf ab, euch

zum einen eine Alternative zu der BAföG-Beratung des Studentenwerks zu ermöglichen, bei der ihr alle Fragen komplett anonym stellen könnt. Auch ist sie sehr niederschwellig und bietet eine andere Sicht auf die Probleme, da sie von Studierenden für Studierende angeboten wird.

Seit Oktober 2010 gibt es ein paar Neuerungen im BAföG - hier mal die Wichtigsten zusammengefasst:

Der BAföG-Satz wurde um 2 % erhöht.

Der Freibetrag vom Elterneinkommen wurde um 3 % erhöht.

Der Mietkostenzuschlag wurde pauschalisiert.

Die Altersgrenze für den Beginn eines Master Studiengangs wurde von 30 auf 35 erhöht, d.h. wer sein Bachelor Studium mit 29 beginnt, kann von nun an auch noch für den Master gefördert werden.

Als Leistungsnachweis reicht eine Bescheinigung über genügend Credit Points.

Solltet ihr einen Fachrichtungswechsel vollzogen haben, bekommt ihr von nun an trotzdem echtes BAföG bis zum Ende der Förderungshöchstdauer des neuen Studienganges. Leistungsstipendien bleiben bis 300 € monatlich anrechnungsfrei.

Sozialberatung

Der andere Teil der Beratung, die Sozial-Beratung, ist dafür da, dass ihr möglichst schnell bei Problemen, bei denen ihr nicht mehr weiter wisst, eine Ansprechpartner*in habt und nicht erst noch lange suchen müsst. Falls wir mal keine Antwort auf eure Frage haben, schauen wir gerne, ob wir gemeinsam eine Lösung finden können. Eure Fragen können daher so mannigfaltig sein, wie es Probleme gibt. Kurz, wir haben ein offenes Ohr für euch.

Für weitere Informationen zum Thema BAföG rate ich euch entweder unsere Beratung in Kauf zu nehmen oder folgende Webseiten zu besuchen:

www.bafog-rechner.de

www.stwda.de/geld/bafog.html

11

referate

Volkszählung 2011 – ein Grund zur Aufregung?

Kein Grund zur Aufregung, sagen die Politiker*innen, sagen Statistiker*innen, sagt der Bundesdatenschutzbeauftragte für den Datenschutz.

Trotzdem haben sich unter dem Dach des Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung viele Kritiker*innen zur Initiative www.zensus11.de zusammengefunden, um in Karlsruhe gegen das der Volkszählung zugrunde liegende Zensusgesetz Verfassungsbeschwerden einzulegen. Passiert ist das am 16. Juli 2010, genau ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes. 13.077 Menschen haben sich diesem "Projekt" über ein Online-Tool angeschlossen.

Aber eins nach dem anderen...

Grundsätzliches und Geschichtliches zur Volkszählung

Volkszählungen gibt es schon seit mindestens 2000 Jahren, eine bittere Renaissance und eine besondere "Wertschätzung" ihrer Möglichkeiten erlebte die Wissenschaft der Statistik in den Zeiten des deutschen Nationalsozialismus. Statistiker*innen des Dritten Reiches waren es, die wesentlichen Grundlagen der Verfolgung und massenhaften Tötung ausgesuchter Bevölkerungsgruppen gelegt haben.

schiedenen behördlichen Datenbanken vorrätig sind, zu einer neuen großen Anschriften- und Gebäudedatenbank zusammengeführt.

Anders als bei der letzten - von zahlreichen Boykotten begleiteten - Volkszählung in 1987 werden zwar längst nicht mehr alle Einwohner direkt mit einem Fragebogen konfrontiert, trotzdem werden - ohne, dass man als Einzeller davon etwas spürt oder dazu um Erlaubnis gefragt wird - von allen Leuten viele persönliche Angaben und Informationen aus den Meldebehörden, von der Bundesagentur für Arbeit und zum Teil von weiteren Verwaltungsbehörden zusammengetragen und penibel in diese Mega-Datenbank personen- und adressbezogen zusammengetragen.

Zusätzlich werden drei weitere Bevölkerungsgruppen mit Fragebögen zur Auskunft verpflichtet:

1.) Alle Eigentümer*innen von Wohnungen oder Gebäuden (auch Wohnungsbau-gesellschaften o.ä.) müssen einen Fragebogen mit ausführlichen Fragen zu den Wohnungen, deren Ausstattung und deren Bewohner*innen ausfüllen. Der Fragebogen wird per Post zugesendet und kann schriftlich oder auch über das Internet beantwortet werden.

Besonderheiten für Studierende

Auch Studierendenwohnheime werden als "Sonderbereiche" bewertet. Das bedeutet, dass alle deren Bewohner*innen entweder direkt mit einem Fragebogen konfrontiert werden. Dazu gibt es einen eigenen Fragebogen, im Falle des Zusammentreffens mit der Haushaltestichprobe den so genannten "kombinierten" Befragungsbogen.

Alle Vermieter*innen und Gebäudeeigentümer*innen werden befragt (siehe oben). Zu jeder Wohnung muss angegeben werden, wie viele Leute in ihr wohnen. Bis zu zwei dieser Menschen sollen von Vermieter*innen namentlich benannt werden.

Was spricht gegen die Volkszählung?

Die geplante Volkszählung führt über alle Einwohner*innen eine große Menge Daten in eine neue umfassende Datenbank zusammen, wobei die Bürger*innen darüber bislang weder informiert, noch um Erlaubnis gebeten wurden. Das widerspricht dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Aufgrund des Wesens dieser sogenannten "registrierten" Volkszählung werden die persönlichen Angaben nicht wirklich anonymisiert, son-



Bild: AG Zensus2011

Wie in anderen Bereichen auch wurden viele verantwortliche Wissenschaftler*innen zu Mitbegründer*innen heutiger Institutionen, in diesem Fall des Statistischen Bundesamtes. Nachzulesen im empfehlenswerten Büchlein "Die restlose Erfassung" von Götz Aly und Karl-Heinz Roth.

In DDR und Bundesrepublik gab es seitdem zahlreiche Volkszählungen, zuletzt die bundesdeutsche von 1987, nachdem die eigentlich für 1983 geplante Befragung aufgrund vielfältiger Proteste und eines verfassungswidrigen Gesetzes gescheitert war. Aus dem nach wie vor sehr lesenswerten Urteil des Bundesverfassungsgerichts entstand das Grundrecht auf informelle Selbstbestimmung.

Anders als es der Name suggeriert (und neuerdings wird noch viel lieber die harmlos wirkende Worthülse "Zensus" verwendet) geht es längst nicht mehr nur um die Zählung von Menschen. Gefragt wird nach Angaben zur Wohnung (Größe, Anzahl der Räume, Ausstattung der Bäder, Art der Heizung usw.) genau so wie nach persönlichen Details (Arbeitsstatus, Religionszugehörigkeit, Beziehungsstatus, Mitbewohner*innen, Ausbildungs- und Schulabschlüsse, Migrationshintergrund uvm).

Die anonymisierten Ergebnisse sollen Planungszwecken für Kommunen und Behörden genauso zur Verfügung stehen wie für den Zuschnitt von Wahlkreisen, die Bestimmung von Finanzausgleichszahlungen zwischen Städten und Ländern und natürlich auch für (z.B. sozialwissenschaftliche) Forschungsvorhaben.

Wie läuft die Volkszählung 2011 ab?

Zur Volkszählung mit dem Stichtag des 9. Mai 2011 werden von allen Einwohner*innen Deutschlands sehr viele persönliche Informationen, die in ver-

2.) Ca. 10% aller Einwohner*innen Deutschlands werden per Zufallsgenerator ausgewählt und müssen einen weiteren Fragebogen mit persönlichen Fragen beantworten. Darunter sind auch Fragen nach Migrationshintergrund, zur Religionszugehörigkeit sowie eine (mehr oder weniger freiwillige) Frage nach dem persönlichen Glaubensbekenntnis. Die betroffenen Haushalte erhalten Besuch von einem/einer "Volkszähler*in", der die Fragen direkt überträgt. Alternativ können die Fragen aber auch schriftlich oder online beantwortet werden.

3.) Schließlich werden noch alle Einwohner*innen von so genannten "Sonderbereichen" zur Mitteilung persönlicher Daten gezwungen. Das betrifft alle Langzeit-Bewohner*innen bzw. Insassen von Gefängnissen, Altersheimen, Psychiatrien, Flüchtlingslagern, Klöstern, Kliniken usw. Auch alle Obdachlosen werden per Gesetz diesen Sonderbereichen zugeordnet und somit erfasst. Bei nicht auskunftsfähigen Menschen werden die Betroffenen nicht selber befragt, sondern die Heimleiter*innen. In "sensiblen Sonderbereichen" werden die Daten angeblich schon bei der Erhebung anonymisiert.

Rechnet man diese drei Gruppen zusammen, so ergibt sich, dass etwa ein Drittel der Bevölkerung direkt oder indirekt individuell per Fragebogen erfasst wird.

Im Zensusgesetz wurde eine so genannte Auskunftspflicht verankert. Das bedeutet, dass jede*r Befragte dazu verpflichtet ist, alle Fragen zu beantworten, vollständig und wahrheitsgemäß. Das Nichtbefolgen wird mit einem Bußgeld in Höhe von theoretisch bis zu 5.000 Euro belegt, falls nicht die wahrscheinlichere Methode eines mehrfachen Zwangsgeldes zur Erziehung der Auskunft angewendet wird.

dem zunächst nur getrennt voneinander aufbewahrt und über eine Nummer auf bis zu vier Jahre, im Einzelfall sogar bis zu sechs Jahre lang wieder zusammenführbar gespeichert.

Die neue Datenbank mit sensiblen Angaben über alle Einwohner*innen stellt alleine durch ihre Existenz ein großes Sicherheitsrisiko dar und kann politische Begehrlichkeiten wecken.

Fragen zu Religionszugehörigkeit, zur Weltanschauung und zum Migrationshintergrund der Befragten und ihrer Eltern werden von der der Volkszählung zugrunde liegenden EU-Vorgabe nicht verlangt, aber trotzdem gestellt. Das führt zu einer Stigmatisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen. Die gesetzlich verankerte Datensparsamkeit wird nicht gelebt.

Die Auskunftspflicht, verbunden mit der massiven Bußgeldbedrohung, schüchtert die Menschen ein. Eine freiwillige Teilnahme würde zu ehrlicheren und unverfälschteren Antworten führen.

Der bedenklich wirkende Charakter der Vermieter*innenbefragung und die besondere Erfassung sensibler Lebensbereiche bereitet uns Sorgen.

Die Kosten des angeblich so günstigen "Zensus", sind von einst vorhergesagten 336 auf zuletzt 754 Millionen Euro emporgeschossen.

Besonderheiten für Hessen

Jedes Bundesland muss zur Volkszählung ein eigenes „Ausführungsgesetz“ verabschieden. In Hessen stehen die Chancen nicht schlecht, dass das Gesetz vor Gericht gekippt werden würde. Deshalb prüfen die Hessischen ASten derzeit eine Klage gegen das Gesetz und werden sie bei guten Erfolgsaussichten anstrengen.

Ausblick

Die vom "AK Zensus" innerhalb weniger Wochen erstellte Beschwerdeschrift ist vom Bundesverfassungsgericht "nicht zur Entscheidung angenommen worden." Dabei haben die karlsruher Richter keine inhaltliche Bewertung unserer Kritikpunkte vorgenommen, sondern aufgrund einer besonderen Vorgehensweise (Angriff des gesamten Gesetzes und nicht einzelner Paragraphen) die Beschwerde abgewiesen.

Voraussichtlich werden einzelne Betroffene im Rahmen der beginnenden Volkszählungen andere/weitere Verfahren einleiten. Allerdings ist nicht absehbar, ob und vor allem zu welchem Zeitpunkt derartige Anfechtungen Erfolg haben werden.

Es bleibt jedem Einzelnen selbst überlassen, sich ein eigenes Bild und ein eigenes Urteil über das zu machen, was uns bevorsteht - und danach zu handeln!

Es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten, wie Mensch sich gegen die Volkszählung wehren kann und wie man bei den Behörden nachhaken und ihnen auf die Finger schauen kann; dafür bietet der AK Zensus Musterschreiben und Hinweise an.

"Demokratie zeichnet sich durch Informationsverzicht aus."

Diesen - wie ich finde - äußerst treffenden Satz hat Spyros Simitis, ein renommierter

Jurist und Datenschutzexperte, geprägt.

Vielleicht muss der/die Volkszähler*in erst vor der Tür stehen, bevor die jetzt noch theoretisch wirkenden Sorgen greifbar und - wenn auch nur in Form von Volkszähler*innen - anschaulich werden.

Was kann ich dagegen tun?

Jede*r sollte sich eine eigene und unabhängige Meinung bilden und danach entscheiden, wie er mit der Situation umgehen will: Mitmachen oder boykottieren.

Wer sich durch die Volkszählung in seinen Grundrechten eingeschränkt fühlt, kann das klar mitteilen und gegebenenfalls mit Auskunftsverweigerung reagieren. Es ist ratsam, sich gut darüber zu informieren, welche Schritte man einleiten kann oder muss, um gerichtlich und mit rechtsanwaltlicher Unterstützung gegen die Einziehung und Verarbeitung seiner Daten vorzugehen. Hinweise dazu gibt es beim AK Zensus.

Ein offener Aufruf zum Boykott kann als Straftat gewertet werden und zu allerlei Konsequenzen bis hin zu Hausdurchsuchungen und Strafverfolgung führen. Deswegen möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass andere "weiche" Boykottmaßnahmen nicht erlaubt sind. Dazu zählen Falschangaben (die nur in sehr beschränktem Maße möglich sind), irgendwelche Verzögerungstaktiken, das etwaige Erzeugen von Fragebögen-Fäl-

schungen und das falsche Ausgeben als Volkszähler*in. Das alles ist definitiv verboten.

Es ist ratsam, sich auf lokaler Ebene miteinander zusammen zu tun, um sich gemeinsam auf dem Laufenden zu halten, weitere Schritte und Öffentlichkeitsarbeit zu organisieren und diverse Prozesse zu bündeln, um die entstehenden Kosten zu reduzieren.

Wer sich für den Boykott entscheidet, der sollte diesen Protest aktiv, beharrlich und engagiert betreiben.

Links

Internetportal der Initiative "AK Zensus" gegen die Volkszählung: <http://zensus11.de>
Kritische Internetseite mit Tips und Materialien zur Volkszählung: <http://vobo11.de>

Sehr ausführliche Detail-Informationen über die Volkszählung: <http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Volkszaehlung>

Literatur

ALY, Götz./ROTH, Karl Heinz: Die restlose Erfassung - Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus; Original-Ausgabe aus 1984 im Rotbuch-Verlag, Neuauflagen aus 2000 und 2005 im Fischer-Verlag
EBELING, Michael: Die kleine Volkszählungsfiel 2011; im Selbstverlag erschienen Oktober 2010, zu beziehen über www.vobo11.de oder www.shop.foebud.org
ROTTMANN, Verena S.: Mikrozensus und Volkszählung 2011 - Was Sie gegen Zwangsbefragung und für Ihr Recht auf informationelle Selbstbestimmung tun können; Zweitausendeins, Februar 2011

Autor: Michael Ebeling, Diplom-Ingenieur, engagiert im AK Vorrat Hannover
<http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Hannover>



Bild: J.M.Steitz

273 Tage Engagement im AStA

Ursprünglich sollte dieser Artikel "Wir suchen dich!" heißen. Auch wenn wir, genau wie fast alle anderen studentischen Gremien und Gruppen, einen Mangel an Nachwuchs beklagen müssen, so habe ich in meiner Laufbahn schon unendlich viele Artikel dieser Art gelesen oder auch geschrieben und eigentlich keine Lust, dies hier nochmal zu tun.

Was ich stattdessen nie lese ist ein Hintergrund zu den Leuten, die sich tagtäglich mit Politik, Präsidium oder Professor*innen beschäftigen oder bekämpfen, um uns und euch, den Studierenden, eine besseres Studium zu ermöglichen. Der beste Ansatz in diese Richtung ist wohl die Frage: "Wie kommt man denn in die Hochschulpolitik?"

Ich denke, jeder wird diese Frage anders beantworten. Ich selbst muss sagen, dass ich durch eine Party in die HoPo (Hoch

schulpolitik) hereingekommen bin. Denn bereits im ersten Semester habe ich im meinem Fachbereich bei der Organisation der Fachschaftsparty geholfen.

Arbeit in Gremien der Hochschulpolitik ist nicht immer das, nach was es sich im ersten Moment anhört. Viele Gruppen organisieren Veranstaltungen wie Partys, Lesungen, Spieleabende, usw. Natürlich werden auch für diese Dinge immer wieder Studierende gesucht die Lust an dieser Arbeit haben. Ich habe es bisher noch nicht erlebt, dass sich für jemanden keine Arbeit gefunden hat, die ihm nicht auch gefallen hat.

Und so war es auch bei mir. Seit dem dritten Semester organisiere ich nun die Party und mache es auch immer wieder gerne. Mit der Zeit habe ich aber auch andere Gebiete der Fachschaftsarbeit gemacht und mache sie auch heute noch.

So gehe ich seit Ende 2009, als einer von 2 Vertretern meiner Fachschaft, regelmäßig zu den Treffen der FSK (Fachschaftenkonferenz) und sitze seit Oktober 2010 im FBR (Fachbereichsrat) des FB 18 (Fachbereichs). Ich fand es immer wieder erstaunlich, bei welchen Entscheidungen Studierende mitreden können und auch müssen. So ist es nicht selten, dass Ge-

rade wir Studierende Entscheidungen, (mit-)entscheiden und auch deutlich beeinflussen können und müssen, beispielsweise hohe Geldsummen.

Im 7. Semester begann für mich ein weiteres Kapitel. Ich wurde Fachschaftenreferent beim AStA. In diesem Job bin ich der direkte Kontakt zu den Fachschaften und versuche in unseren Sitzungen deren Meinungen zu vertreten und natürlich bei den Fachschaften auch die Meinungen des AStA. Diesen Posten habe ich im Juli 2010 angetreten. Das ist heute 273 Tage her.

In meiner bisherigen Laufzeit in den verschiedenen Gremien der Universität habe ich unzählige Male die verschiedensten Dekane, den Kanzler, verschiedenen Vizepräsident*innen, sowie den Präsidenten und viele andere Mitarbeiter*innen des Präsidiums getroffen und für euch die Meinung der Studierenden vertreten und werde es auch noch in den kommenden Semestern machen.

Werbefreier Campus

Studierende als Zielgruppe, ein lukratives Geschäft



Bild: S.Voeth

Dass die Zielgruppe Studierende für viele Unternehmen potentielle Kund*innen darstellen, lässt sich nicht bestreiten. Mit vielfältigen Angeboten werden Studierenden erstaunlich viele Ermäßigungen oder besondere Konditionen angeboten. Doch beschränkt sich das Werben der Unternehmen nicht länger auf den traditionell öffentlichen Bereich, sondern dringt in den bis dahin geschützten universitären Betrieb ungehindert ein. Die Hochschulen haben natürlich entsprechend der Logik des Marktes reagiert und machen bisweilen ein gutes Geschäft mit den werbenden Firmen.

Auch wenn wir mittlerweile bis tief in das Private mit Werbung konfrontiert werden, teilweise selbst Werbung durch Aufdrucke auf unseren Kleidungsstücken etc. weiter tragen und dadurch an manchen Stellen abgehärtet scheinen, nimmt die Dimension der Werbung in der Öffentlichkeit bedenklich zu - auch auf dem Campus!

Kritik daran wird laut. Studierende empfinden die Werbung als aufdringlich. Und das Argument, dass die meisten Werbungen Sonderangebote für Studierende beinhalten würden und damit uns Vorteile bringen, finden sie absurd. Ebenso ist durch die massive Werbung das Recht auf Selbstbestimmung eingeschränkt. Darüber hinaus öffnet die Universität weiteren Werbemaßnahmen die Türen. Neben namhaften Stiftungsprofessuren werden Hörsäle mit Markennamen benannt und so Studierenden unmittelbar als

Konsument*innen angesprochen. Ebenso findet sich in den Erstsemestertüten, den Fahrstühlen, an den Wänden, vor den Eingängen und in der Mensa eine Horde von Werbematerialien. Darunter leiden die politischen und kulturellen Veranstaltungen, die studentischen Projekte und das ehrenamtliche Engagement. Denn immer weniger Studierende wollen, aus Angst vor Werbung, die Flyer oder Plakate der oben genannten Gruppen annehmen. Somit verdrängt die kommerzielle Werbung kulturelle und politische Traditionen vom Campus, der damit einen wichtigen Teil seiner Kultur verliert.

Gleichzeitig werden mit den verschiedenen Werbeträgern immer wieder Klischees und zu verurteilende Botschaften mitgesendet. Diese werden überwiegend unkritisch aufgenommen, verarbeitet und gelebt. Wenn überwiegend leicht bekleidete Frauen abgebildet werden, penetranter nur männliche Studenten mit nicht gegenderten Texten angesprochen werden, ist es zudem absolut problematisch und nicht zu akzeptieren.

Das Präsidium und das Studentenwerk denken nicht im Traum daran, in Zukunft auf die Werbung zu verzichten. Deshalb muss sich die Zielgruppe organisieren! Aktionen gegen die Werbeindustrie können vielfältig, bunt und kreativ sein.

Wir wollen keine Werbung auf dem Campus, wir sind keine Kunden*innen, sondern sind hier, um selbstbestimmt zu studieren.

Studienbeiträge

Dem Wort auf den Grund gehen

Bildung war für Wilhelm von Humboldt nicht Ausbildung in einem bestimmten Beruf. Für ihn war sie die Bildung eines möglichst autonomen und entfalteten Menschen. Und was ist der größte Gegner solcher Freiheit? Genau: Abhängigkeit. Daher sollten die Bildungsbeflissenen nichts zahlen müssen und Zustiftungen das Geld erbringen - freiwillige Gaben ohne Verpflichtung. Er nannte sie *Beiträge*, im Sinne von *Beiträgen der Nation*. Eine schöne Idee. Das fand offensichtlich auch das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE). Denn es versucht in einem Text aus dem Jahr 2006 das Wort Studienbeiträge zu installieren und der Politik tatkräftig bei der Einführung solcher zu helfen. Das klingt erst einmal hehr, wer würde nicht seinen *Beitrag* leisten wollen, um Bildung und Ausbildung unseres Nachwuchses zu verbessern? Leider, leider ist das so nicht gemeint. Denn diese Abgabe ist nicht freiwillig und auch kein *Beitrag*, sie ist eine *Gebühr*, dem *Gebührenschildner* vom Staate auferlegt, um für eine vom Staate in Anspruch genommene Leistung zu zahlen. Wer unbedingt studieren will, so die Logik der *Studiengebühren*, wie sie ehrlicherweise genannt werden sollten, soll gefälligst selbst dafür zahlen. Kostet ja schließlich, so eine Universität, und warum müssen alle dafür aufkommen, haben ja nur ein paar was davon, oder? Was für eine kurz-sichtige und dumme Politik, die das Centrum für Hochschulentwicklung da versucht zu beschönigen: Wenn eine Nation sich bildet, profitieren alle, je mehr, desto stärker. Die Kosten dafür über Gebühr einer bestimmten Gruppe aufzubürden, ist nicht nur nicht gerecht, es ist auch im schlimmsten Sinne nachhaltig. Es macht Bildung abhängig vom Einkommen und sorgt so dafür, dass nicht mehr die Besten gefördert werden, sondern nur noch die Reichen. Wer an Bildung spart - und nur darum geht es hier -, der sorgt dafür, dass die daraus resultierenden Folgen irgendwann die ganze Nation bezahlt. Es sei denn, irgendein Centrum findet wieder einen Weg, sie irgendwem als Gebühr aufzubürden ... Verzeihung, als *Beitrag*.

Ursprünglich erschienen auf <http://neusprech.org>

Autor: Martin Haase

Randbemerkung zur Eliteuniversität

Die TU Darmstadt hat es erneut nicht geschafft, bei der Exzellenzinitiative des Bundes 2011 die engere Auswahl zu erreichen.

Ja, die Hochschulen sind unterfinanziert und auch die TU Darmstadt hätte die Fördermittel dringend benötigt - doch ist die Lösung für eine strukturelle Unterfinanzierung ein verzweifelter Wettbewerb um unzulängliche Fördermittel des Bundes? Sicher nicht - auch wenn die Fördersumme und die Richtlinien zur Förderung sich im Vergleich zur ersten Runde der Exzellenzinitiative deutlich verbessert haben, ist es als Hochschule geradezu fahrlässig, ihre Ressourcen vornehmlich darauf zu fokussieren. Ressourcen, die in der Mangelverwaltung dringend in der Grundeigenschaft der Hochschulen fehlt - der Lehre. Dabei spielt das Präsidium den stillen Polit-Strategen, der unantastbar hinter den Kulissen die Fäden in der Hand hält.

Ebenso wie die Bemühungen in der Exzellenzinitiative scheitert nun das Präsidium auf ganzer Linie. Nun offenbart sich das Dilemma in dem Umgang mit den zunehmenden Studierendenzahlen, der Gleichstellung von Frauen in Studium, Lehre und Forschung - aber zum Glück sind wir nur Mittelmaß!

Ausstieg ist Handarbeit

Worin liegen die Gefahren von Atomkraft und was können wir dagegen tun?

Kernenergie - von der Uranmine bis zum Endlager

Kernenergie basiert darauf, dass bei der Spaltung von Atomkernen Energie künstlich freigesetzt wird. Die meisten der derzeit laufenden Reaktoren nutzen Uran als Brennstoff. Uran kommt natürlich auf der Erde vor, Plutonium dagegen wird erst durch den Betrieb von Reaktoren erzeugt. Die für die Energieerzeugung genutzten Spaltungen werden durch Neutronen ausgelöst. Eine Kettenreaktion kann aufrechterhalten werden, da sich neue Neutronen bilden. Die Energie wird als Wärme frei, die mit Wasser abgeführt wird. Das erwärmte Wasser bzw. erzeugter Dampf kann eine Turbine und einen Generator antreiben, so wird dann elektrische Energie erzeugt.

Das Uran für Kernkraftwerke wird in Minen gewonnen. Es liegt dabei in äußerst kleinen Mengen als Erz, in Verbindung mit anderen Materialien/Gestein vor. Dieses Erz wird abgebaut und zerkleinert, das Uran herausgelöst. Alternativ wird das Lösungsmittel direkt in den Erdboden gepumpt und an anderer Stelle wieder extrahiert, um so das Uran direkt aus dem Boden zu lösen. Das wegen seiner Farbe „Yellowcake“ genannte Produkt ist Uranoxid in pulverförmiger Form, dass sich in Fässern weitertransportieren lässt. Das nicht benötigte Material aus dem Gestein und Reste der für die Abtrennung benötigten Chemikalien werden in der Regel als Tailings (Abraumhalden) in der Nähe der Minen gelagert. Durch den Minenbetrieb bestehen Risiken für Mensch und Umwelt. Arbeiter*innen sind Strahlenbelastungen ausgesetzt, oft gibt es auch Fälle von verseuchtem Grundwasser oder undichten Lagerstätten für die Tailings.

Der Anteil an Uran-235 wird zunächst in Gasdiffusions- oder Zentrifugenanlagen erhöht, damit es in den Kernkraftwerken nutzbar ist. Das überschüssige Uran-238 aus diesem Prozess fällt wiederum als Abfall an, in diesem Fall wird er Tails genannt. Uran mit einem Anteil von Uran-235 von größer als 90% Atomenergie ist das Grundmaterial für Kernwaffen, es wird mit dem gleichen Prozess produziert.

In einem weiteren Schritt werden aus dem angereicherten Uran Brennstäbe produziert, diese können dann in Kernreaktoren eingesetzt werden. In der Regel sind in einem Reaktor über 100 Tonnen angereichertes Material als Spaltstoff enthalten. Ein Austausch von Brennstäben findet normalerweise jährlich statt, dabei wird aber nur ein Teil des Reaktorinventars ausgetauscht.

Abgebrannte Brennstäbe erzeugen immer noch Hitze, so dass sie einige Jahre in Abklingbecken gelagert werden müssen. Anschließend sind sie Abfall oder werden aufgearbeitet. Durch den Reaktorbetrieb entsteht in den Brennstäben immer auch Plutonium, welches ja auch Spaltstoff ist. Manche Brennstäbe werden daher in sog. Wiederaufarbeitungsanlagen gebracht, in denen das Plutonium vom Rest abgetrennt werden kann. Daraus können dann wieder neue Brennstäbe für Kraftwerke produziert werden. Plutonium ist ähnlich wie Uran mit sehr hohem Uran-235 Gehalt in Kernwaffen nutzbar: Wiederaufarbeitungsanlagen bergen daher die Gefahr, dass sie entweder direkt für die Waffenproduktion genutzt werden, oder aber andere Personen oder Gruppen Plutonium entwenden. Selbst von den Brennstäben in der Wiederaufarbeitung muss ein großer Teil als Abfall einer Zwischen- oder Endlagerung zuzuführen.

Die in den abgebrannten Brennstäben enthaltenen Spaltprodukten sind hoch radioaktiv, und dies auch noch über einen Zeitraum von tausenden von Jahren. Innerhalb dieser Zeit müssen sie so gelagert werden, dass die Radioaktivität abgeschirmt wird und die Menschen geschützt werden. Als bisherige Idee für die Lösung dieses Problems ist die dauerhafte Lagerung der Brennstäbe in alten oder extra dafür geschaffenen Bergwerken. Dort soll das Material eingelagert werden, und dann am besten auf viele tausend Jahre verbleiben. Hier gibt es wieder viele Risiken, etwa das Material ins Grundwasser dringt.

Fukushima - ein Beispiel für die Gefahren der Atomenergie

Kernreaktoren gehören zu den komplexesten Anlagen, die die Menschheit bisher entwickelt hat. Trotz vieler und komplizierter Sicherheitsmaßnahmen kommt es immer wieder zu schweren Unfällen. Die große Gefahr dabei geht von den hochradioaktiven Materialien aus, die im Reaktor eingesetzt werden. Die Radioaktivität ist eine dauerhafte Eigenschaft, die natürlich auch nach dem Abschalten eines Reaktors vorhanden bleibt.

Gerade aktuell in Japan wird versucht ein massives Austreten solcher Materialien zu verhindern. Nach dem Erdbeben und dem Tsunami im März 2011 waren alle Kühlanlagen der dortigen Reaktoren ausgefallen, dies trotz redundanter Ausrichtung und verschiedener Systeme. Die Abschaltung während des Erdbebens klapp-

te, jedoch produzieren auch in abgeschalteten Reaktoren die Brennstäbe weiterhin Wärme, die abgeführt werden muss, sonst droht eine Kernschmelze oder auch Brände. Weiter kann es Lecks in den Vorrichtungen geben, die eigentlich ein Austreten radioaktiven Materials verhindern sollen. Ausgetretenes Material stellt eine Gefahr für Menschen dar, durch direkte Einwirkung aber insbesondere auch durch die Aufnahme von Material über Nahrung oder Atemluft in den Körper.

Beim bisher größten Unglück in der Geschichte der Kernenergienutzung in Tschernobyl 1986 wurde in kurzer Zeit sehr viel radioaktives Material freigesetzt. Landstriche um das Kernkraftwerk sind bis heute unbewohnbar. Das Unglück jährt sich am 26. April diesen Jahres zum 25. Mal. Es ist bis heute strittig, wie viele Menschenleben das Unglück forderte, da häufig Erkrankungen und Todesfälle durch die Strahlenschäden auch noch Jahre später bei den Betroffenen auftreten können. Bisher sind die Folgen auch finanziell für neue Generationen eine Belastung.

Im Kraftwerk Three Mile Island in der Nähe von Harrisburg, USA kam es 1979 zu einer Kernschmelze, glücklicherweise nicht zu einer Freisetzung von radioaktivem Material in großem Ausmaß. Ein anderes Unglück ereignete sich 2006 in Forsmark, Schweden. Durch einen Stromausfall musste die Kühlung von Notstromaggregaten betrieben werden. Nur zwei von vier Generatoren sind wie geplant angesprungen. Zu diesen großen, von größerem Medienecho begleiteten Unfällen gibt es in Kernkraftwerken, auch in Deutschland, viele hundert Störungen. Die wichtigsten müssen politischen Kontrollbehörden gemeldet werden, es ist jedoch immer unklar, ob wirklich alle Ereignisse von den Betreibern öffentlich gemacht werden.

Es gibt auch bei bestem Bau von Reaktoren keine absolute Sicherheit. Es bleibt immer ein Restrisiko bestehen. Wie groß das Risiko ist, hängt natürlich auch davon ab, welche Unfallursachen mit in die Planung einbezogen werden. Eine 15 Meter hohe Tsunami Welle wurde in Japan bei der Konzeption der Kraftwerke in Fukushima nicht erwartet, genauso wenig wie Flugzeugabstürze auf Kernkraftwerke in Deutschland bisher in Analysen Eingang finden. Natürlich kann keine Technologie absolute Unfallfreiheit garantieren, bei Kernenergie sind allerdings die Auswirkungen im Falle eines Unfalles oft unvorstellbar dramatisch. Hinsichtlich der zahlreichen regenerativen Möglichkeiten ist es daher infrage zu stellen, ob die Menschheit in Zukunft auch auf diese Technologie setzen sollte.

Profitinteressen und Atomlobby

Noch im Herbst letzten Jahres hat die schwarz-gelbe Bundesregierung die Laufzeitverlängerung beschlossen. Die 17 Atommeiler in der Bundesrepublik sollen im Schnitt zwölf Jahre länger laufen als bisher. Damit löste die schwarz-gelbe Bundesregierung eines ihrer Wahlversprechen ein. Dies war ein für die Energiekonzerne und deren Lobby wichtiger Schritt. Immerhin haben sie mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld der Bundestagswahl maßgeblich zu dem knappen Wahlerfolg der konservativ-liberalen Parteien beigetragen.

Da die kapitalistische Produktionsweise durch die Schaffung immer neuer Märkte geprägt ist, auf denen Kapital akkumuliert, also binnen kurzer Zeit durch Investitionen maximiert werden kann, gibt es ein entsprechendes hohes Kapitalinteresse an dieser Laufzeitenverlängerung. Sie verspricht ungeheure Gewinne für die großen vier Energiekonzerne, die sich den Markt untereinander aufgeteilt haben. Man rechnet bei einem abgeschriebenen Atomkraftwerk mit einem Reingewinn von 1 Millionen Euro am Tag. Die Kernkraftwerke sind also riesige „Cash Cows“ und es gibt sehr große Kapitalinteressen, diese solange wie möglich zu melken. Bei einem solchen Profitbetrag besteht bei den Konzernen ein entsprechend hohes Interesse die Kernkraftwerke so lange wie möglich zu betreiben.

Protestbewegung

An der Nutzung der Kernenergie haben sich seit jeher die Geister geschieden. In Zeiten des Kalten Kriegs und der nuklearen Wettrüstung, wurden neben Atomwaffen auch weltweit Atomreaktoren zur Energiegewinnung gebaut. Die Friedensbewegung und die Anti-AKW Bewegungen sind aus diesem Grund traditionell eng miteinander verknüpft. Hat sich der Kampf gegen das fatale Wettüsten spätestens nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in den 90ern überwiegend aufgelöst, erlebt die Anti-AKW Bewegung ihren größten Zuwachs und durch den gesetzlich verordneten Ausstieg aus der Atomenergie 1999 in Deutschland ihren bislang größten Erfolg. Der sogenannte Atomkonsens der rot-grünen Bundesregierung nahm der Bewegung Kraft und lähmte sie, immerhin wurde erstmals ein klares Datum für das Abschalten der Atomkraftwerke in Deutschland gesetzlich festgeschrieben.

Mit dem Wahlerfolg der schwarz-gelben Koalition 2009 wurde der Ausstieg aus dem Ausstieg gegen die Mehrheit der Bevölkerung beschlossen. Dies führte zu einem Erstarren der Anti-AKW-Bewegung. Inaktive lokale Gruppen gründeten sich neu oder reaktivierten sich. Orientierten sich die lokalen Gruppen zuerst an den größten bundesweiten Organisationen wie Greenpeace, BUND, ausgestrahlt oder compact bildeten sich über die letzten Jahre sehr aktive lokale Gruppen, die sich natürlich an bundesweiten Aktionen beteiligten, neuerdings aber auch ihre Eigenständigkeit hervorhoben. Dadurch wurden sehr nachhaltig die lokalen Gruppenstrukturen gestärkt und dies schlägt sich nun in der Mobilisierungsstärke der Anti-AKW-Bewegung nieder.

Erstmalig konnte diese Strukturstärkung während der Castortransporte 2010 beobachtet werden. So viele Menschen wie noch nie haben sich im Winter an den vielfältigen Protesten im Wendland beteiligt. Es beteiligten sich aber nicht nur mehr Menschen an den Protesten, sondern erstmalig wurde gruppenübergreifend der „zivile Ungehorsam“ als Aktionskonsens offen vereinbart. So wurden die Proteste kraftvoller, die Castortransporte waren die teuersten in der Geschichte Deutschlands und es bildete sich eine Öffentlichkeit, die die politischen Verantwortlichen Menschen in Zugzwang brachte. Der Protest war zwar stark, vermochte es aber leider nicht, die Profitinteressen der Energiekonzerne und die fatale Energiepolitik der schwarz-gelben Bundesregierung zu ändern. Lediglich der Versuch, den Ausstieg aus dem Ausstieg und die damit verbundene Laufzeitverlängerung als einen weiteren Energiekonsens zu feiern, konnte durch die Protestbewegung abgewendet werden.

Perspektiven

Die schrecklichen Ereignisse in Japan vor dem Hintergrund der Protestbewegung in Deutschland lassen derzeit zu, Perspektiven einer breiten und starken Protestbewegung zu entwickeln. Die Proteste gegen die Castortransporte haben ein Bedürfnis des zivilen Ungehorsams artikuliert und gezeigt, dass die Verbindung zwischen der jungen Generation und dem traditionellen Klientel der Friedens- und Anti-AKW-Bewegung nur über die Weiterentwicklung der Proteste funktionieren wird. Es müssen also auf der einen Seite eine Akzeptanz für Mahnwachen, konventionelle Demonstrationen und Protestmärsche, aber auch für Aktionen des zivilen Ungehorsams und Blockaden von Atomkraftwerken entwickelt werden.

Die Verbindung beider Protestkulturen wird sich hinsichtlich der Versuche der Politik und Konzerne als sehr wichtig erweisen, da nur durch die gemeinsame Solidarität genügend Druck aufgebaut werden kann, um die Energiepolitik in Deutschland endgültig zu ändern. Dabei ist es aus zeitlicher Perspektive wichtig, schnell und druckvoll zu agieren. Die Wahlergebnisse und Umfragen zeigen gerade ein klares Bild gegen Atomkraft. Bislang haben die Atomlobby und entsprechenden Medien es noch nicht geschafft, die Stimmung im Land signifikant zu ändern. Auf dieser Welle muss die Protestbewegung nun Schwung aufnehmen und in zahlreiche und weitreichende Aktionen wie z.B. Atomkraftwerksbesetzungen und Blockaden münden. Langfristig müssen die Castortransporte im Winter 2011 als bundesweite Aktion in Auge gefasst werden.

Gleichzeitig muss die Bevölkerung, die sich nun weitestgehend gegen Atomkraft ausgesprochen hat, auch ihrer Überzeugung Taten folgen lassen und durch den Wechsel der Stromtarife zu alternativen Anbietern endlich die Nachfrage nach erneuerbaren Energien signifikant erhöhen. Inhaltlich muss der Protest gegen Atomkraft ausgeweitet werden. Wie in dem Teil Profitinteressen heraus gearbeitet wurde, stellt sich nach kurzer Betrachtung heraus, dass immer wieder Risiken bewusst in Kauf genommen werden, nur um die Profitrate der Konzerne zu erhöhen. Gesellschaftliche Bedürfnisse kennen privatrechtliche Konzerne nicht. Nun entbehrt es jeder Logik, wenn Politik im Sinne des Machterhalts ihre gesellschaftliche Verantwortung abgibt und frei nach dem Motto Gewinne privatisieren und Risiko vergesellschaften, ihre Politik ausrichtet. Auf diese Missstände muss der Anti-AKW Protest sich ausrichten und in einer sozialen Bewegung münden – denn die zu Grunde liegende Kritik ist die selbe: gesellschaftliche Interessen vor Profit! Ein Weg zu einer Energiepolitik, die demokratisch und zugleich nach strengen umweltschützenden Kriterien aufgebaut ist, muss daher an den Bedürfnissen der Menschen und nicht an den Profitinteressen der Energiekonzerne ausgerichtet werden. Ein erster Schritt zur gesellschaftlichen Kontrolle über die Energie, findet sich bereits im Artikel 41 der hessische Verfassung und Artikel 15 im Grundgesetz, in dem vorgeschrieben wird, dass Betriebe der Energiewirtschaft zu verstaatlichen sind. In diesem Sinne sofort abschalten!!!

Autoren: Jens Liedtke, Moritz Kütt, Sebastian Ankenbrand

15

atomkraft

Die Ägypter*innen schreiben Geschichte

Der Tahrir-Platz in der Hauptstadt Ägyptens wurde in den letzten Wochen zu einem Schauplatz für die ganze Welt. Zahlreiche Ägypter*innen haben es geschafft, diesen Platz seinem Namen würdig zu machen. Am Tahrir-Platz, arabisch für Befreiungsplatz, forderten tausende, sogar Millionen von Engagierten seit mehr als zwei Wochen die Befreiung ihres Landes.

Man hat erwartet, dass es in Ägypten bald eine Revolution der Armen und Hungrigen geben würde - tatsächlich wurde es jedoch eine Revolution der Internetgeneration, welche am 25. Januar 2011 ins Leben gerufen wurde. 'Facebook-Revolution' nannte man sie anfangs. Doch was als Aufstand der Jugend begann, steckte rasch das gesamte ägyptische Volk an und spätestens seit dem 28. Januar 2011, dem Tag des Zorns, wurde der Aufstand zu einer Volksrevolution.

Wirft man einen näheren Blick auf den Tahrir-Platz, so findet man eine bunte Mischung von Menschen vor - eine sehr gute Beschreibung des ägyptischen Volkes. Die Menschen, die dort stehen und der ganzen Welt ihr Entsetzen zeigen, sind reich und arm, jung und alt, männlich und weiblich. Sie gehören vielen verschiedenen politischen Richtungen an oder auch keinen, sie sind sowohl Muslime als auch Christen. Bemerkenswert sind die zahllosen Motive der einzelnen Individuen. Die einen wollen Arbeit finden, anderen möchten genug finanzielle Mittel haben zum Heiraten. Manche verlangen eine gute medizinische Versorgung, andere bessere Bildungschancen. Einige fühlen sich religiös oder politisch diskriminiert, andere leiden unter mangelhaften Arbeitslöhnen. Die Liste ist unendlich lang und doch sind es nicht die individuellen Ansprüche, die diese Menschen verbinden. Es geht um ein klares Ziel, einen Gedanken, der diese Menschen antreibt: sie alle wollen in einem Ägypten leben, welches ihnen gehört. Jeder, der auf dem Tahrir-Platz steht, will in Ägypten ein demokratisches System sehen, wo auch er Mitsprache hat. Jeder will die Möglichkeit haben, selber Entscheidungen für sein Land mit treffen zu können und jeder hat das 30-jährige, totalitäre System von Husni Mubarak und der Nationaldemokratischen Partei in Ägypten satt.

Die Menschen in Ägypten sind sich einig: sie werden kein System mehr tolerieren, in dem Korruption und Vetternwirtschaft auf der Tagesordnung steht, Gewaltenteilung kein Begriff ist und wo Medienszensur und Folter in der Haft zur Normalität geworden sind. Sie bestehen drauf und werden weiterhin darauf bestehen, ihren Wert als Bürger*Innen in ihrem eigenen Land zurückzugewinnen. Seit 30 Jahren herrscht in Ägypten der Ausnahmezustand. Der Präsident darf mit dem Notstandsgesetz regieren - welcher Notstandszustand dies berechtigt, ist dabei egal. Das heißt unter anderem, dass die Verhaftung von Personen ohne Erhebung einer Anklage gegen sie möglich ist. Während seiner Herrschaft wurde die ägyptische Verfassung so verändert, dass sie auf Präsident Mubarak und seine Partei, die NDP (die NDP besitzt im Parlament die Mehrheit der Sitze), zugeschnitten ist. Seine Amtszeit darf problemlos verlängert werden (Artikel 77) und die Nominierung von Kandidat*innen für die Präsidentschaftswahl ist von enormen Einschränkungen begleitet, so dass man nicht mehr von fairen Wahlen sprechen kann (Artikel 76). Richterliche Überwachung von Parlamentswahlen gibt es nicht in allen Wahllokalen (Artikel 88) und das Parlament darf selber über die Wählbarkeit seiner Mitglieder bestimmen (Artikel 93).

In 2010 wurden die Parlamentswahlen schon wieder gefälscht, was eine enorme Enttäuschung beim Volk auslöste, denn viele hatten auf eine Veränderung gehofft. Die Ägypter*innen haben gemerkt: will man eine Veränderung, so muss man sie selbst gestalten, denn auf diese Regierung ist kein Verlass. Inspiriert von der Revolution in Tunesien haben die Men-

schen festgestellt, welche Stärke man als Volk hat.

Während das ägyptische Volk nun ein außerordentliches Maß an Mut und Ausdauer aufweist, zeigt die ägyptische Regierung seit dem 25. Januar 2011 nur ein unglaubliches Maß an Inkompetenz und Verlogenheit. Ihre erste Reaktion war es, zu schweigen. Es vergingen vier Tage, an denen friedliche Demonstrant*innen von der ägyptischen Polizei gewalttätig angegriffen und zum Teil sogar totgeschlagen wurden - doch die Regierung blieb weiterhin stumm. Die ägyptischen Medien schienen von dem Geschehen auch nichts mitzubekommen. Anstatt von der Volksrevolution in Ägypten zu berichten, berichteten sie zunächst ausschließlich von Unruhen im Libanon. Doch Ignoranz schien nicht zu wirken, denn die Anzahl der Demonstrierenden wuchs. Also versuchte die Regierung es mit einer Kommunikationsblockade - Ägypten ging offline. Das ägyptische Volk wurde kommunikationsmäßig komplett abgekappt. Es gab kein Internet, keine Mobiltelefone, keine SMS und BBM Services, was heutzutage eine unglaubliche Verletzung der Menschenrechte darstellt. Aber auch dies schien nichts zu bringen, denn am 28. Januar - dem Tag des Zorns, versammelten sich Millionen von Menschen am Tahrir Platz. Endlich kündigte Mubarak seine erste Ansprache an, ließ erst mal 6 Stunden auf sich warten und machte Mitternacht schließlich bekannt, er würde seine Regierung neu aufstellen, aber selber nicht zurücktreten. Er ging auf die Forderungen der Menschen überhaupt nicht ein und zeigte somit nur seine Distanz vom Volk. Aber die Revolution ging weiter.

Als nächstes wurden Gefangene freigelassen und die Polizei verschwand von den Straßen. Noch eine Maßnahme, um das Volk in die Knie zu zwingen? Doch auch das funktionierte nicht, die Menschen demonstrierten weiter und es bildeten sich zudem noch Bürgerwehren, die an jeder Ecke standen, um privaten und staatlichen Besitz zu beschützen. Vor jedem Haus standen Bewohner mit allem, was man als Waffe benutzen konnte, um ihre Familien und Häuser zu beschützen.

Das Volk wurde dadurch nur stärker und sein Entsetzen über die Regierung größer. Seitdem versucht die Regierung mit allen Mitteln, die Leute nach Hause zu schicken. Es wird bewusst ein Chaos verursacht, Geschäfte und öffentliche Dienste werden geschlossen, Verbrecher werden bezahlt und auf die Straßen geschickt, um die Demonstranten anzugreifen. Viele werden vom Staat festgenommen, die Armee marschiert ein und es wird eine Ausgangssperre eingeführt. Den Menschen wird das Gefühl gegeben, in einem Kriegszustand zu leben. Vielleicht splittet sich das Volk auf und die Revolution wird geschwächt, denkt sich die Regierung. Die ägyptischen Medien zeigen sich derweilen komplett unfähig. Sie berichten nur von Pro-Mubarak Demonstrationen, verbreiten Lügen über die Motive der Demonstrierenden und schieben den Demonstrierenden die Schuld für das Chaos zu.

Mubarak hält am 1. Februar seine zweite Rede, in der er verspricht, nicht für eine weitere Amtszeit zu kandidieren - einen schnellen Rücktritt habe er jedoch nicht vor. Doch seine Rede kommt zu spät und seine Versprechen waren zu schwach. Das Volk hat sein Vertrauen an dem Regime verloren und es demonstriert weiter. Es will nicht bis September warten, sondern jetzt Veränderungen sehen. Die Regierung droht dem Volk mit einem 'politischem Vakuum', das dem Rücktritt Mubaraks folgen würde, denn laut Verfassung besitzt Mubarak eine volle Macht. Eine absurde Ausrede, die nur die Inkompetenz des Systems unterstreicht. Und wieder kommt eine Rede von ihm am 10. Februar, die das Volk wütend macht; wieder zu spät und wieder zu inhaltslos. Er versucht diesmal die emotionale Seite der Menschen zu wecken. Als Vater des Volkes hätte er nur die das Wohl seiner Kinder im Sinn. Zum ersten Mal seit mehr als zwei

Wochen spricht er von den über 300 Toten bei dieser Revolution.

Inzwischen haben sich die Meinungen gesplittet, hauptsächlich in drei Gruppen. Die erste Gruppe will weiterhin demonstrieren, sie haben kein Vertrauen zur Regierung und befürchten, dass ein Ende der Demonstrationen ihre Chance auf die lang erhoffte Veränderung beseitigen könnte. Die zweite Gruppe will mit der Regierung verhandeln, um bald einen Machtwechsel zu vollziehen. Sie will, dass der Alltag in Ägypten wieder zurückkehrt, um weitere Schäden zu vermeiden und bemüht um ein Gespräch mit der Regierung. Die dritte Gruppe, die zwar relativ klein ist, jedoch standhaft, unterstützt die jetzige Regierung, besorgt über die Alternative.

Doch alleine diese Meinungsunterschiede sind die ersten dunstigen Erscheinungen einer Demokratie. Die Revolution hat in den letzten Wochen eine Debatte hervorgerufen, eine Möglichkeit zur Meinungsäußerung, die es vorher nicht gegeben hat. Das ägyptische Volk geht seine ersten Schritte in Richtung Demokratie.

Der Tahrir-Platz hat sich in eine kleine Stadt verwandelt, eine Art utopisches Ägypten. Die Menschen haben ihre Zelte aufgebaut und geschworen, sie würden den Platz nicht verlassen, bis ihre Forderungen umgesetzt werden. Sie verhalten sich, so wie sie sich in ihrem Land gerne verhalten würden: zivilisiert, fürsorglich, mutig, friedlich. Die Straßen werden von den Bürgern täglich gesäubert: 'dies ist unser Besitz und wir werden dementsprechend damit umgehen', meinen sie.

Es ist jetzt der 11. Februar 2011, gerade wollte ich den Artikel abschicken. Doch ich wurde unterbrochen durch eine lang erwartete Nachricht: Hosni Mubarak ist zurückgetreten. Das ägyptische Volk hat das totalitäre Regime gestürzt. Die ägyptischen Menschen haben es geschafft ihr Land zu befreien; sie haben ihr Land zurückgewonnen.

Meine Freude und mein Stolz als Ägypterin lassen sich gerade nicht in Worten fassen. Ich wünschte, ich wäre jetzt am Tahrir-Platz um den historischen Wandel meines Landes mitzuerleben. Ich bin stolz auf mein Volk, das sich entschieden hat, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und nicht aufzugeben. Die nächsten Wochen werden vieles bringen, aber eins ist schon klar: Ägypten ist auf dem besten Weg zur Befreiung.

Es wird kein einfacher Weg sein und was jetzt kommt, wird schwieriger sein, als alles, was wir schon erreicht haben. Doch ich habe volles Vertrauen in mein Volk.

Danke Tunesien, ihr wart für uns eine Inspiration. Und danke an meine Mitbürger*innen, die die letzten Wochen am Tahrir-Platz standen und daran geglaubt haben. Danke an die Märtyrer*innen, die einen teuren Preis gezahlt haben für ihr Land. Wir werden den Weg weitergehen. Ihr habt uns unser Vertrauen in eine gute Welt zurückgegeben. Ihr habt der ganzen Welt gezeigt, dass Freiheit teuer ist, doch wer den Preis zahlen will, wird sie erlangen. Ihr habt bewiesen, wie stark ein vereintes Volk sein kann. Ihr habt Geschichte geschrieben!

Zur Autorin:

Nevine Yassa, geboren 1987 in Kairo, Ägypten. Seit fünf Jahren studiert Nevine Yassa Elektrotechnik und Informationstechnik an der TU Darmstadt. Sie wird voraussichtlich im März ihr Studium abschließen und im Anschluss daran, auch an der TU Darmstadt, promovieren. Danach will sie wieder zurück in ihrer Heimat, wo sie bis zum 18. Lebensjahr gelebt hat. Die Ereignisse in ihrem Land haben sie in den letzten Wochen sehr mitgenommen; es war schwierig, weit weg zu sein und alles nur durch Medien, Familie und Freunde mitzubekommen. Seit dem 11. Februar 2011 fühlt sie sich frei, ein Gefühl, das man nicht beschreiben, nur erleben kann. Sie kann es kaum erwarten, beim Wiederaufbau ihres Landes mit zu helfen und ist sehr optimistisch, was die Zukunft Ägyptens angeht.

Studentische Mitbestimmungsformen jetzt einfordern - revolutionäres Moment nutzen!

Die Demokratisierungsprozesse in Nordafrika bieten nun die einzigartige Möglichkeit, studentische Mitbestimmungsformen an den Hochschulen zu schaffen!



Bild: Ramy Raouf

Anfang des Jahres überschlugen sich die Ereignisse in Nordafrika. In Tunesien, Ägypten und Libyen gehen hunderttausende Menschen auf die Straße, um ihr Land von den Despoten zu befreien, die das Volk Jahrzehnte lang unterdrückt hatten. Bisweilen herrschten sie mit Willkür und Notsstandsgesetzen. Festnahmen, sogar Vergewaltigungen von politischen Oppositionellen waren an der Tagesordnung. Gestützt durch die westlichen Kapital- und Zuwanderungsinteressen konnten die autokratischen Systeme über Jahrzehnte ihr menschenverachtendes System etablieren, die Massen manipulieren und sich und ihnen nahe stehenden Menschen auf Kosten des Volkes bereichern.

Stabilität im nahen Osten, Tourismus, Flüchtlingsströme aus Afrika, aber vor allem handfeste wirtschaftliche Interessen ließen die westlichen Mächte lange schweigen - sie stützten die Despoten mit skurrilen Handelsabkommen und Waffenlieferungen, schulten die Polizeikräfte, die derzeit mordend durch die Länder ziehen.

Schuldig ist der Westen den Menschen in Nordafrika vieles, doch eines ist sicher - Mitbestimmung, Demokratie und Mut zum selbstbestimmten Leben werden Menschen nicht mit leeren Gesten ermöglicht. Die sogenannte Revolution endet nicht mit dem Sturz des Despoten - gesellschaftliche Veränderungen sind Prozesse, die nur von innen heraus gedeihen kann.

Demokratisierung der Universitäten

Maßgeblich beteiligt an den Protestaktionen waren und sind nach wie vor viele Studierende. Die autokratischen Strukturen in den Universitäten vor Ort sind verkrustet, durch und durch von Gewalt und Unterdrückung gekennzeichnet. Erst kürzlich wurden an der German University of Cairo mehrere Studierende exmatrikuliert, weil sie sich für ASTA-Strukturen eingesetzt hatten. Mittlerweile wurde dies dank großer internationaler Aufmerksamkeit zurückgenommen.

Die Situation des Umschwungs, das Verlangen der Bevölkerung nach Mitbestimmung, Teilhabe und Freiräumen trifft ebenso auf die Studierenden und zum Teil auch auf die Lehrenden an den Universitäten übertragen.

Das Subsystem Universität muss sich wandeln - emanzipatorische Prozesse,

die Artikulation von Bedürfnissen, wie sie in Deutschland zu tiefgreifenden Veränderungen in der akademischen Selbstverwaltung Ende der 60er Jahre geführt haben, sind nun möglich.

Studierendenschaften in Deutschland müssen sich solidarisieren

Studierendenschaften hier in Deutschland können in ihrer institutionalen Struktur und mit dem Wissen um den historischen Kampf für Mitbestimmung, der Erfahrung um die Gefahr einer Ökonomisierung der Bildungsinstitute und der daraus resultierende Entdemokratisierung maßgeblich an dem Strukturwandel in Ägypten, Libyen und Tunesien mitwirken.

Internationale Vernetzung der Studierenden stärken

Perspektivisch ist die internationale Vernetzung möglich und teilweise vorhanden. Vielerorts bestehen bereits Kooperationen mit deutschen Universitäten. Hier kann eine wissenschaftliche Vernetzung genutzt werden, um Argumente und politische Strategien gemeinsam zu entwickeln. Weltweit hat sich 2009 ein Netzwerk von Studierenden gebildet: das International Students Movement. Mit dem Global Day of Action haben weltweit vernetzte Studierende gegen die Ökonomisierung von Bildung demonstriert. Die Erfahrungen aus dieser Vernetzung könnten der Organisation von Studierenden in Nordafrika von großem Nutzen sein.

Darüber hinaus beweisen sich die social networks für den internationalen Austausch als sehr hilfreich. Im Bezug auf die Unkontrollierbarkeit bieten sie gute Möglichkeiten der Informationsweitergabe.

Mitbestimmung aller Statusgruppen, selbstverwaltete Studierendenschaften und finanzielle Unabhängigkeit

Die gleiche Beteiligung aller Statusgruppen am akademischen Entscheidungsprozess ist in Deutschland alles andere als zufriedenstellend. Statusgruppen werden nach wie vor durch altertümliche Rechtsdeutung hierarchisiert. Und gerade aus diesem Grund muss die Forderung nach gleichen Mitbestimmungsmöglichkeiten aller Statusgruppen ein zentraler Schwerpunkt der internationalen Vernetzung sein.

Die Schaffung von institutionell selbstverwalteten Studierendenschaften ist ein wichtiger Schritt in Richtung Mitbestimmung. Finanzielle Unabhängigkeit bedeutet, dass sich Studierende vor Ort organisieren können und Demokratie leben können. Unabhängig davon muss das Recht auf Meinungsfreiheit gefordert werden.

Weltweit sehen sich Bildungseinrichtungen immer häufiger ökonomischen Zwängen unterworfen. Konkurrenzbedingungen werden geschaffen, Mangel suggeriert. Bei der Neustrukturierung der Universitäten muss die Unabhängigkeit und Freiheit von Forschung und Lehre gegeben sein. Der Versuch der Ökonomisierung und Verwertung von Bildungsprozessen muss entgegen gewirkt werden.

Weltweite Bewegungen stärken, bedeutet revolutionäre Momente nutzen

Ist bisweilen die Vernetzung als nützlich für die Studierenden in Nordafrika im Fokus der Überlegungen gewesen, bieten die revolutionären Momente auch für uns eine Perspektive für tiefgreifende Änderungen. Alleine in den letzten Monaten sind tausende Menschen wegen Großprojekten, Castortransporten oder Bildungsprotesten auf die Straße gegangen. Das Umdenken bei Atomkraft, Überlegungen zum Baustop von S21 sind Erfolge, die auf der Straße von Menschen erkämpft wurden. Diese Erfolge zeigen Wirkung und eröffnen für uns neue Perspektiven und Möglichkeiten die Welt zu verändern.

Lust aktiv zu werden?

Bisher arbeitet noch keine aktive Gruppe zu dem Thema. Wenn du dich aber für das Thema interessierst, dazu gerne mehr erarbeiten möchtest oder einen Vortrag mit uns organisieren willst, dann melde dich bei uns unter hopo@asta.tu-darmstadt.de oder komm im ASTA vorbei.

Wir möchten gerne mehr zu dem Thema machen, brauchen aber deine Hilfe und Unterstützung um dies realisieren zu können.

Wir freuen uns auf dich!

Tarifverträge für studentische Hilfskräfte?!

Wie in vielen deutschen Universitätsstädten hat sich auch in Darmstadt eine Hilfskraftinitiative gegründet. Primäres Ziel dieser Initiative ist es, eine Aufnahme der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte in den Tarifvertrag der TU Darmstadt zu erreichen.

Warum eigentlich, und was genau soll das bringen?

Studierende gehen Beschäftigungsverhältnisse mit der Universität mehr und mehr aus finanziellen Gründen ein - in den meisten Fällen geht es nicht mehr nur darum, den Lebenslauf aufzubessern oder Erfahrungen im wissenschaftlichen Bereich zu sammeln. Studentische Hilfskräfte nutzen ihr Einkommen, um ihr Studium zu finanzieren - eben um essentielle Ausgaben decken zu können. Auf der anderen Seite werden Studierende nicht mehr nur eingesetzt um „Forschung und Lehre“ zu unterstützen, also als klassische Hilfskräfte am Lehrstuhl, sondern sie schieben Dienst in der Bibliothek oder übernehmen ganz klassische Verwaltungsaufgaben, die mit dem Lehr- oder Forschungsbetrieb rein gar nichts mehr zu tun haben. Warum werden gar in der Verwaltung Verträge nach dem sog. „Wissenschaftszeitvertragsgesetz“ abgeschlossen, mit dem ausdrücklichen Vermerk, die Hilfskraft nimmt Aufgaben wahr, die „zugleich der fachlichen Aus- und Weiterbildung dienen“, auch wenn dies faktisch überhaupt

nicht der Fall (und rechtlich zudem sehr fragwürdig) ist?

Prinzipiell ist es natürlich eine tolle Sache, wenn Studierende an der Uni in unterschiedlichsten Bereichen arbeiten können, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Man sollte annehmen, die Universität sei ein verlässlicher Arbeitgeber. Der Status „studentische Hilfskraft“ bringt allerdings - und nun kommen wir zur Beantwortung der obigen Fragen - so einige Probleme mit sich. Die Universität hat handfeste Vorteile durch diese Art der Beschäftigung, die wiederum ebenso handfeste Nachteile für die Hilfskraft mit sich bringen. So lassen sich Verträge bis zu einer Dauer von sechs Jahren beliebig oft verlängern, Verträge von drei Monaten oder noch kürzere Laufzeiten sind keine Seltenheit. Die Uni macht es sich hier natürlich einfach und nutzt die Flexibilität des Gesetzes voll aus - bei regulären, nicht-wissenschaftlichen Arbeitsverträgen wäre das in solchem Ausmaß natürlich undenkbar. Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte werden in diesem Befristungswahn degradiert zu Arbeitnehmer*innen zweiter Klasse.

Gerade die (ganz bewusste!) Ausklammerung dieser Statusgruppen aus dem Tarifvertrag macht deutlich, wie wenig der Universität daran gelegen ist, erträgliche und verlässliche Arbeitsbedingungen für wirklich alle Arbeitnehmer*innen zu

schaffen. Die Antwort auf eine kleine Anfrage zweier Landtagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen zeigt, dass zwei Drittel der als studentische Hilfskraft in Hessen beschäftigten eine Vertragsdauer von bis zu 6 Monaten haben, einen Vertrag länger als ein Jahr haben gerade 61 von über 8000 Personen - das sind weniger als ein Prozent! Verlässliche Studienfinanzierung und Sicherheit sieht wahrlich anders aus.

Gerade wenn es mal Ärger mit den Vorgesetzten gibt (und das ist bei einem Arbeitgeber*innen mit einigen hundert Angestellten wohl nie auszuschließen), einen wirksamen Kündigungsschutz hat man als Hilfskraft nicht. Die Vertragslaufzeit ist in der Regel so kurz, dass man ohnehin ohne Probleme abserviert werden kann. Dann hat sich der Traum vom ach so verlässlichen Arbeitgeber*in ganz schnell ausgeträumt.

Der Tarifvertrag ist wichtig, bessere Bedingungen für uns alle sind unerlässlich und unmöglich umzusetzen sind unsere Forderungen erst recht nicht. Einen detaillierten Forderungskatalog, über die Aufnahme in den Tarifvertrag hinaus, werden wir in nächster Zeit ausarbeiten - komm zu einem unserer Treffen, bring dich ein und teile deine Ideen, letztlich geht es uns alle an!

www.hiwis-darmstadt.de
hiwi@asta.tu-darmstadt.de

Neue Chancen für sTUDENTISCHE Hilfskräfte?

Die Gewerkschaften verhandeln mit der TU Darmstadt

Fast 2000 studentische Hilfskräfte beschäftigte die TU Darmstadt im Sommersemester 2009. Zählt man die weiteren knapp 150 wissenschaftlichen Hilfskräfte (mit Hochschulabschluss) dazu, dann sind sie knapp vor den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die wohl größte Beschäftigtengruppe an der TUD! Auf einen der 280 ProfessorInnen kommen sieben Hilfskräfte. Diese übernehmen vielfältige und unverzichtbare Aufgaben in Forschung und Lehre - von der Vermittlung von wissenschaftlichen Kenntnissen und Methoden in Tutorien bis hin zur Mitarbeit in Forschungsprojekten. Werden Hilfskräfte, was mitunter vorkommt, überwiegend für Verwaltungsaufgaben eingesetzt, die kaum der „eigenen Aus- und Weiterbildung dienen“, wie es das Hessische Hochschulgesetz eigentlich verlangt, haben sie Anspruch auf eine (in jedem Fall höhere) tarifliche Bezahlung.

Hilfskraftstellen sind beliebt, weil sie oft einen Bezug zu Forschung und Lehre haben, zeitlich flexibel sind und möglicherweise sogar eine Eintrittskarte in die (akademische) Arbeitswelt. Vergleicht man ihre Arbeitsbedingungen jedoch mit denen der anderen Hochschulbeschäftigten wird schnell klar: Studentische Hilfskräfte werden trotz der wichtigen Aufgaben, die sie - in der Regel mit sehr großem Engagement - verrichten, an den Hochschulen als ArbeitnehmerInnen zweiter Klasse behandelt. Dies hat mehrere Ursachen:

- Das Hessische Personalvertretungsgesetz gilt nicht für studentische Hilfskräfte, die an der Hochschule arbeiten, an der sie immatrikuliert sind (also fast alle). Somit müssen sie auf die Vertretung durch den Personalrat verzichten.
- Die Tarifverträge des öffentlichen Dienstes nehmen Hilfskräfte bisher aus deren Geltungsbereich aus. Daher werden sie untertariflich bezahlt und profitieren auch nicht von anderen Regelungen, wie dem längeren tariflichen Erholungsurlaub.
- Es gibt keine verbindlichen Mindeststandards für die Ausgestaltung der Arbeitsverträge von Hilfskräften, etwa was die Arbeitszeiten und die Vertragslaufzeiten angeht.

Die fehlende Personalvertretung führt dazu, dass die Hilfskraftstellen meist ohne



Bild: G. Bender

eine universitätsöffentliche Ausschreibung besetzt werden - und somit nach intransparenten und oft subjektiven Kriterien. Vielen wird dadurch die Chance auf eine Hilfskraftstelle von vorne herein verwehrt. Im Falle eines eventuellen Konflikts sind studentische Hilfskräfte zudem auf sich alleine gestellt, da es keine zuständige Vertretung gibt. Die fehlende Personalvertretung dürfte auch ein Grund dafür sein, dass studentischen Hilfskräften besonders oft nicht einmal die gesetzlich garantierten Mindest-Ansprüche gewährt werden, die für alle Arbeitnehmer gelten, wie bezahlter Erholungsurlaub oder die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Ohne Tarifvertrag können die Arbeitgeber zahlen, was ihnen beliebt. So sind die Löhne der Hilfskräfte in Hessen in den 15 Jahren von 1993 bis 2008 nicht um einen Cent angehoben worden und damit inflationsbedingt real deutlich gesunken, von der Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst waren sie vollständig abgehängt. Seit 2004 dürfen die hessischen Hochschulen eigenständig entscheiden, wie viel sie ihren Hilfskräften zahlen. Dennoch dauerte es bis 2008, bis diese die Sätze erstmals anheben - und auch das erst nach dem Protest lokaler Hilfskraftinitiativen und der Gewerkschaften. Seit dem zahlt die TU Darmstadt studentischen Hilfskräften 9,00 Euro pro Stunde und wissenschaftlichen Hilfskräften 14,00 Euro. Eine Besonderheit ist die Regelung, dass für studentische Hilfskräfte „mit besonders anspruchsvollen Aufgaben“ ein höherer Stundensatz von 11,00 Euro vorgesehen ist. An den anderen hessischen Hochschulen ist eine höhere Vergütung in der Regel an einen vorliegenden Bachelor-Abschluss gekoppelt.

Die Regelung an der TU birgt die Gefahr,

dass Hilfskräfte je nach Nase oder Kasenlage willkürlich den höheren oder den niedrigeren Satz erhalten - zumal eine Kontrollinstanz, wie der Personalrat eine ist, nicht existiert. Wegen der fehlenden Standards zur Vertragsgestaltung dominieren auch an der TU Darmstadt kurzfristige Laufzeiten von zumeist nur wenigen Monaten: 65% der studentischen Hilfskräfte haben einen Vertrag von bis zu sechs Monaten. Einen Vertrag von mehr als einem Jahr hat mit knapp einem Prozent nur eine kleine Minderheit. Eine Planungsperspektive auf der Grundlage eines längerfristigen Arbeitsvertrages wird so den meisten Hilfskräften verwehrt (Auch Hilfskräfte haben selbstverständlich das Recht, ein Arbeitsverhältnis bei Bedarf vorzeitig aufzulösen oder zu kündigen). 12% der Hilfskräfte haben eine Monatsarbeitszeit von nicht einmal 20 Stunden, so dass der Verdienst aus dieser Tätigkeit nicht viel mehr als ein Taschengeld ist. Viele Studierende sind aber auf einen höheren Verdienst angewiesen, da sie ihr Studium über die Erwerbstätigkeit (teil)finanzieren.

Der Blick nach Berlin zeigt, dass die Beschäftigung von studentischen Hilfskräften auch anders geregelt werden kann: Nur in Berlin existiert ein Tarifvertrag für diese Beschäftigtengruppe, der unter anderem 10,98 Euro für alle Hilfskräfte als Stundenlohn festschreibt, 31 Tage Jahresurlaub vorsieht und an Universitäten einen Mindestbeschäftigungsumfang von 40 Monatsstunden regelt. Zudem gibt es an Berliner Hochschulen einen eigenständigen Personalrat für studentische Hilfskräfte, der nur für deren Vertretung zuständig ist. Außerdem schreibt das dortige Hochschulgesetz eine Regelvertragslaufzeit von zwei Jahren vor. Diese Regelungen führen dazu,

dass die Beschäftigung als studentische Hilfskraft in Berlin einen deutlich anderen Charakter hat: Stellen werden in der Regel öffentlich ausgeschrieben und nach transparenten Kriterien besetzt. Durch den höheren Stundensatz und durch den Mindestbeschäftigungsumfang ist sichergestellt, dass der Verdienst aus der Tätigkeit einen substantiellen Beitrag zur Finanzierung des Studiums und des Lebensunterhalts bietet. Die Beschäftigung über zwei Jahre sichert zudem einen angemessenen Planungshorizont.

Nach dem Land Berlin könnte nun auch die TU Darmstadt zum Vorzeigearbeitgeber für studentische Beschäftigte werden, denn zum 1. Januar 2011 hat das Land Hessen der TU die Dienstherreneigenschaft übertragen. Nun kann bzw. muss sie für ihre Beschäftigten selbständig einen Tarifvertrag mit den Gewerkschaften

aushandeln. Damit bietet sich die Möglichkeit, hier – wie von den Gewerkschaften gefordert – auch studentische Hilfskräfte in den Tarifvertrag aufzunehmen, was diesen zahlreiche Vorteile brächte: Regelmäßige Lohnerhöhungen, den längeren Tarifurlaub anstelle des Mindesturlaubs nach dem Bundesurlaubsgesetz, geregelte Zuschläge für Wochenend- und Nachtarbeit... Die langwierigen Verhandlungen der Gewerkschaften mit der ebenfalls tariffähigen Goethe-Universität Frankfurt haben allerdings gezeigt, dass selbst die Hochschulen, die sich im Rahmen der Exzellenzinitiative profilieren (wollen), ihren Beschäftigten – und insbesondere den Hilfskräften – von sich aus alles andere als exzellente Arbeitsbedingungen bieten.

Dazu ist vor allem erforderlich, dass die Hilfskräfte selbst diese deutlich hörbar einfordern.

Roman George, Promovend an der Uni Marburg, zuvor mehrfach als studentische und wissenschaftliche Hilfskraft beschäftigt. Andreas Staets, Referent für Hochschule und Forschung des Landesverbandes Hessen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

1 Vgl. Hessisches Statistisches Landesamt: Personal und Habilitationen an Hochschulen im Jahr 2009, Wiesbaden 2011, S. 19.

2 Vgl. § 75 Hessisches Hochschulgesetz. Mehrere Gerichtsurteilen zufolge ist diese Praxis problematisch: Verrichten Hilfskräfte Tätigkeiten, die üblicher Weise von regulärem Personal ausgeübt werden und die keinen engen Bezug zu Forschung und Lehre aufweisen, so besteht Anspruch auf den höheren Tariflohn (zuletzt Arbeitsgericht Saarbrücken, AZ 61_Ca 87/10 vom 9.9.2010).

3 Zu den Rechten von Hilfskräften vgl. George, Roman/Staets, Andreas/Unger, Marco/Wolf, Hans-Dieter (2011): Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte an Hochschulen – ein Ratgeber, herausgegeben vom GEW Hauptvorstand, Frankfurt/Main.

4 Vgl. Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst (2009): Kleine Anfrage der Abgeordneten Angela Dorn und Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend Situation studentischer und wissenschaftlicher Hilfskräfte an den hessischen Hochschulen, Landtagsdrucksache 18/965.

5 Vgl. George, Roman/Staets, Andreas (2009): Studentische Hilfskräfte in der autonomen Hochschule. Arbeitsbedingungen und Kampfperspektiven, in: Forum Wissenschaft 1, S. 47-50

Die Darmstädter Zweitwohnungssteuer

Eine Geschichte von Chaos und Ahnungslosigkeit!

Seit 01.01.2011 müssen sich fast 12.000 Menschen in Darmstadt Gedanken über höhere Abgaben machen, denn die Stadt Darmstadt in der Stadtverordnetenversammlung hat eine Zweitwohnungssteuer, gerne auch Studentensteuer genannt, eingeführt. Dies zeigt nicht nur indirekt, dass die meisten Betroffenen und die Zielgruppe, wir Studierenden sind.

Ich höre in letzter Zeit häufig von Studierenden, dass sie die Stadt verstehen können und die Steuer für gerechtfertigt halten. Dabei denken sie aber nur über ihre eigene Situation nach. Es gibt sicherlich viele Studenten*innen, die sich nicht oder nur mit Nebenwohnung in Darmstadt anmelden, obwohl sie die meiste Zeit des Jahres in Darmstadt wohnen. Erklärtes Ziel der Steuer ist es, eben genau diese Studenten*innen zum Ummelden zu bewegen.

Die Steuer betrifft aber nicht nur solche Fälle und ist auch nicht dazu gedacht, Menschen zum Ummelden zu bringen – dafür gibt es Meldegesetze. Vielmehr ist die Steuer eine Luxussteuer, nur dass diese Steuer auch Menschen und Studenten*innen betrifft, für die Luxus ein Fremdwort ist. Aufgabe der Stadt ist es vielmehr, die Studierenden über ihre Pflicht zur Anmeldung aufzuklären.



Foto: F.Köhler

Überlegen wir uns mal den folgenden Fall: Student*in S arbeitet fest angestellt 4 Tage die Woche bei einem Unternehmen in Kassel. Montag bis Mittwoch ist sie während der Vorlesungszeit in Darmstadt und hat sich dafür ein kleines WG Zimmer gemietet. Eine Anmeldung mit Hauptwohnung scheidet, zumindest gemäß hessi-

schen Meldegesetz aus, da sie sich hauptsächlich in Kassel aufhält.

Es gibt nun 2 Szenarien:

1. S meldet seinen Hauptwohnsitz in Darmstadt an, da jetzt schon Geldmangel herrscht. Die Stadt Marburg erhält nun weniger Zuweisungen des Landes. Wenn S erwischt wird, muss sie eine Strafe zahlen.

2. S meldet sich mit Nebenwohnung an und muss, obwohl sie kaum Infrastruktur in Darmstadt nutzt, monatlich 10% ihrer Kaltmiete an die Stadt bezahlen.

Die Ausgaben die sonst in Darmstadt tätig bekommt die Stadt anteilig in beiden Fällen bspw. über die Gewerbesteuer.

Beide genannte Fälle sind aus sozialer Sichtweise untragbar. Die Kritik wird von der Stadt jedoch ignoriert. Wie Hohn erscheint zudem, dass die treibende Kraft der Steuer mit einem auf soziale Aspekte zugeschnitten Wahlprogramm auf die kommenden Wahlen zugeht.

Zudem wurde in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dass Studierende in Zukunft wesentlich besser über die Meldepflichten aufgeklärt werden sollen, wovon zumindest ich bisher nichts gemerkt habe. Aber wer beachtet schon selbst gestellte Auflagen, wenn man geringverdienend das Geld aus der Tasche ziehen kann.

Darmstadt vernichtet bezahlbaren Wohnraum

Aspekte einer profitorientierten Stadtpolitik

Wir alle kennen die Wohnraumsituation in Darmstadt. Die meisten Studierenden wissen, wie schwer es ist, einigermaßen bezahlbaren Wohnraum zu finden – schließlich ist Darmstadt bei der Höhe des durchschnittlichen Mietpreises im nationalen Vergleich ganz vorne mit dabei. Nun sollte man davon ausgehen, erst recht bei einem Studierendenanteil an der Gesamtbevölkerung von fast 30%, dass unserer Stadt daran gelegen ist, die Preissituation auf dem Wohnungsmarkt etwas zu beruhigen und einem erträglichen Niveau näher zu kommen. So logisch und einleuchtend das auch klingt – es ist weit gefehlt.

Die privatwirtschaftlich organisierte bauverein AG, in deren Hände die Kommunalpolitik den städtischen Wohnungsbau gelegt hat, scheint sich ihrer sozialen Verantwortung allerdings nicht ganz so bewusst zu sein, wie man es von ihr erwarten dürfte. In der ehemaligen Postsiedlung im Westen Bessungens, werden gegen den Willen der Bewohner*innen 14 Mietshäuser eingestampft – an deren Stelle sollen 40 schicke Reihen- und Mietshäuser entstehen – natürlich für eine Klientel, das mehr bezahlen kann, als die derzeitigen Bewohner*innen der Siedlung. 260.000 EUR soll eine 4-Zimmer Wohnung kosten. Das Ergebnis der Baumaßnahmen wird sein: fast 200 bezahlbare Wohnungen fallen weg.

Mit sozialverträglichem Wohnungsbau hat dies nichts zu tun, stattdessen geht es hier um simple Profitmaximierung. Die offizielle Begründung hingegen lautet, die Wohnungen würden „erhebliche funktionale Beeinträchtigungen“ aufweisen, dazu gehören „nicht mehr zeitgemäß zugeschnittene Räumlichkeiten“. Die Menschen, die dort zum Teil schon seit Jahrzehnten leben, haben mit diesen angeblichen funktionalen Beeinträchtigungen aber überhaupt kein Problem.

Worum es wirklich geht, wird im Kündigungsschreiben, das die Mieter*innen erhalten haben, deutlich. Bei Fortsetzung der Mietverhältnisse wäre die bauverein AG „an einer angemessenen wirtschaftlichen Verwertung [...] des Areals gehindert“. Hierbei offenbart sich nun das Problem einer Privatisierung kommunaler Aufgaben – und es betrifft uns an dieser Stelle ganz direkt. Wenn auf der einen Seite günstiger Wohnraum zerstört, auf der anderen Seite teurer Wohnraum geschaffen wird, sorgt das nicht für eine Entspannung der Mietpreise – ganz im Gegenteil. Wenn dies alles nun auch noch im Auftrag und in Verantwortung der Stadt geschieht und es sich nicht um die Konsequenz des Investitionsdranges privater Investor*innen handelt (daran wäre man ja mittlerweile schon beinahe gewohnt), wird es Zeit den Verantwortlichen zu zei-

gen, dass man das als Studierende/r und Bürger/in dieser Stadt nicht hinnehmen kann. Das Motiv zum Widerstand ist die Empörung (Stéphane Hessel).

Weitere Infos gibt es bei der Mieter*inneninitiative Oppenheimer Straße, die derzeit gegen das Bauprojekt kämpft:

oppenheimerbleibt.wordpress.com

Zwischenzeitlich hat die bauverein AG mit der Mieterinitiative einen Kompromiss geschlossen. Einige der Wohnungen bleiben erhalten, beide Seiten haben sich mit ihren Forderungen in der Mitte getroffen. Sicherlich ist das nicht optimal, aber wieder einmal zeigt sich: Es lohnt sich, sich zu wehren. Hätte es keinen Widerstand gegeben, wäre das Projekt ohne jede Diskussion und ohne jede Veränderung umgesetzt worden.

Die bauverein AG bestreitet dies gerne und manch einer mag auch auf die hinkende Argumentation hineinfallen – wir tun das allerdings nicht: Nach ihrer Auffassung wird kein günstiger Wohnraum vernichtet, da nach Abschluss der Maßnahme „sogar“ Sozialwohnungen vorhanden sein werden, die es momentan dort nicht gibt. Allerdings musste sich die Stadt diese erst teuer erkaufen (bei ihrem eigenen Unternehmen!), zudem sind die vorhandenen Wohnungen schon jetzt günstig, ohne als Sozialwohnung deklariert und somit städtisch gefördert zu sein.

Die Kooperation des AStA mit dem Staatstheater

Schaust du noch fern, oder gehst du schon ins Theater?

Kostenlos ins Theater!



In Kooperation mit:



 **staatstheater darmstadt**

Wie viele von euch sicher schon wissen, pflegt der AStA der TU Darmstadt seit dem Wintersemester 09/10 eine Kooperation mit dem Staatstheater Darmstadt. Diese Kooperation ermöglicht es euch, für einen festen Solidarbeitrag von 0,50 € pro Semester unbegrenzt oft die Vorstellungen des Staatstheaters kostenlos zu besuchen. Hierzu zählen natürlich nicht nur

Theaterstücke, sondern auch alle anderen Tanz-, Musik- und sonstigen Vorstellungen (ausgenommen Premieren und Sonderveranstaltungen)!

Ihr könnt euch also - frühestens 3 Tage vor der Vorstellung, die ihr sehen wollt - kostenlos ein Restticket abholen, wenn noch welche vorhanden sind. Pro Vorstellung

könnt ihr euch selbst mit eurem Ausweis nur ein Ticket abholen - wie viele Stücke ihr allerdings besucht, bleibt euch überlassen! Wenn ihr Lust habt, könnt ihr theoretisch jeden Abend ins Theater gehen.

Zusätzlich zu diesem Angebot erhält der AStA der TU Darmstadt von Zeit zu Zeit eine größere Zahl an Freikarten für Sondervorstellungen und Premieren des Staatstheaters. Wir informieren euch dann rechtzeitig über Aushänge und in der Mensa über die Vorstellung, so dass ihr euch ein Ticket reservieren könnt.

Bitte denkt auf jeden Fall daran, bei der Abholung eurer Restkarten und beim Besuch der Vorstellung euren Studierendenausweis und einen Lichtbildausweis mitzunehmen.

Übrigens: Falls mal keine Resttickets mehr vorhanden sein sollten oder ihr eine Premiere/Sondervorstellung besuchen wollt, könnt ihr euch natürlich auch ein reguläres Ticket kaufen - mit einer Ermäßigung von 50% auf den Kaufpreis für Studierende!

Wo kann ich mich über die Vorstellungen des Staatstheaters informieren?

Im AStA-Büro und auf dem Gang legen wir regelmäßig aktuelle Flyer des Staatstheaters Darmstadt aus, ebenso die monatlichen Spielpläne und die Spielzeit. Außerdem findet ihr an den Pinnwänden im Gang stets Plakate zu den aktuellen Stücken des Staatstheaters.

Zusätzlich könnt ihr euch selbst unter www.staatstheater-darmstadt.de informieren.

Und bleibt das jetzt für immer so?

Im Juni 2010 wurde im Rahmen der Hochschulwahlen der TU Darmstadt eine Urabstimmung zur Kooperation mit dem Staatstheater durchgeführt. Bei einer Wahlbeteiligung von 4480 gültigen und 23 ungültigen Stimmen hat die Abstimmung ergeben, dass die Kooperation von 82,17 Prozent der Stimmen befürwortet und von nur 6,05 Prozent abgelehnt wird (hinzu kommen 11,79 Prozent Enthaltungen).

Dieses Ergebnis hat uns gezeigt, dass die Kooperation zunächst von den Studierenden unterstützt wird und dass sie aus diesem Grund vorerst mit ähnlichen Konditionen fortgesetzt wird.

Bandcontest im Sommersemester 2011

Was vor ungefähr fünf Jahren mit einem harmlosen Freundschaftskick begann (aus dem erst der Schlosskeller als Sieger hervorging und dann das 603qm und dann der Schlosskeller und dann das 603qm) und in einer handfesten Auseinandersetzung beider Clubs endete, soll nun auf dem Rücken der Fans ausgetragen werden.

Zeig Flagge für deinen Club!

In deiner Band ist mindestens ein Darmstädter Student*in und Du würdest gerne für deinen Club in den Ring steigen? Dann zeige uns, warum Du in den Schlosskeller oder ins 603qm gehörst! Wer in welchem Team spielt, entscheidet dann eine Jury, eure Präferenzen werden berücksichtigt! Wer auch immer die unglaubliche Ehre bekommen will, in die Hall of Fame (direkt neben dem AStA) aufgenommen zu werden und für ein Jahr den Wander-Pokal sein Eigen nennen möchte, sollte bis zum 15. April eine aussagekräftige Bewerbung an skvs603qm@astasommerfest.org schicken.

Diese kann beinhalten: Bandbiographie oder Beschreibung, Youtube- Links, Myspace-Links, Downloadlinks ? KEINE MP3-Anhänge! Einschränkungen gibt es auch

noch: Keine reine Cover-Bands! Ein eigener Stil wird wohlwollend aufgenommen. Ihr seid mindestens 18 Jahre und Unplugged kennt Ihr nicht nur von Fanta4 und MTV. Neben dem Ruhm und der Ehre dem Ihr dem Club einbringt, gibt es noch folgende königlichen Entlohnungen (für

den Gewinner*innen): Ihr seid einer der drei Headliner des AStasommerfestivals, Ihr gewinnt Sachpreise, Interviews in einschlägigen Kulturmagazinen und ihr könnt auf der Semesteranfangsparty im 603qm auftreten + Gage.



BANDCONTEST

TERMINE VORRUNDEN

20.04.11	603 OM
27.04.11	SCHLOSSKELLER
04.05.11	603 OM
11.05.11	SCHLOSSKELLER

FINALE

03.06.11	SCHLOSSKELLER
18.06.11	ASTASOMMERFESTIVAL

BEWERBUNG UNTER
SKVS603@ASTASOMMERFEST.ORG

INFOS UNTER
ASTASOMMERFEST.ORG



Studentische Kultur fordern und fördern!

Darmstadt feiert in den Gewerben des AStA

Der AStA betreibt neben dem Schlosskeller und dem Schlossgarten, das 603qm und den AStA-Laden auf der Lichtwiese. Neben der hochschulpolitischen Vertretung der Studierendenschaft betreibt der AStA somit eine einzigartige Kulturförderung für die Studierenden, aber auch für alle anderen Menschen im Großraum Darmstadt.

Die Menschen im AStA müssen daher auch entsprechend viel Zeit und Kraft in die Verwaltung der Gewerbe investieren. Im Hinblick auf die steigenden Studierendenzahlen an der TU Darmstadt, ist aber mit den Gewerben des AStA der Kulturauftrag gegenüber der Studierendenschaft gesichert.

Der Schlosskeller ist das älteste Gewerbe des AStA. Nach über 40 Jahren läuft der Schlosskeller gut. Die Erweiterung des Schlossgartens hat über Darmstadts Grenzen hinaus für ein positives Echo gesorgt. In den Veranstaltungen macht sich die Erfahrung und Routine der engagierten Menschen im Schlosskeller bemerk-

bar. Das 603qm besteht erst seit 7 Jahren und ist aus einer Besetzung im Rahmen von Bildungsprotesten entstanden. Derzeit arbeitet das 603qm daran, endlich eine konstant ausgeglichene Bilanz am Jahresende zu haben. Momentan tut sich viel und wir sind auf einem guten Weg.

Trotz der tollen Entwicklung der Gewerbe der Studierendenschaft muss die Wahrung des Charakters eines studentischen Projekts gegenwärtig sein. Auch wenn es grundsätzlich ein Bestreben nach Professionalität in den Gewerben gibt, müssen die Gewerbe immer als Freiräume verstanden werden, indem Studierenden die Möglichkeit zum Gestalten, Entwickeln und Ausprobieren bekommen.

Der AStA verwaltet die Gelder der Studierendenschaft. Im Haushalt sind die Gewerbe des AStA deshalb einzeln aufgeführt, so dass das Studierendenparlament jährlich über die Gewerbe entscheidet.

Kultur kostet Geld und Studierende müssen Fehler machen können. Nach diesem

Leitsatz funktionieren die Gewerbe weitestgehend autonom. Die Gewerbe sind im Grunde eigene Referate, die sich selbst organisieren bzw. eine Organisationsform geben. Im Grunde achtet der AStA im Normalfall nur auf die Zahlen und dass in der Struktur keine massiven Verfehlungen stattfinden. Der AStA lässt also so viel Freiräume wie möglich und die Gewerbe haben in ihrer Programmauswahl komplette Freiheit.

Die konkrete Arbeit machen die vielen engagierten Menschen, die sich vielfältig ehrenamtlich für die Gewerbe einsetzen, dort sehr viel Zeit investieren und ein tolles und bereicherndes Programm jeden Monat auf die Beine stellen.

Für die Studierendenschaft der TU Darmstadt ist neben der politischen Vertretung eine vielfältige kulturelles Angebot gegeben und dass muss erhalten werden. Deshalb bring dich ein - Du kannst direkt in den Gewerben Dinge bewegen, dort mitarbeiten oder aber auch nur feiern gehen!!!

Die Vielfalt des Schlosskellers

Basement Grooves, Elektroschule, Fachschaftsparties, Kellergymnastik, Konzerte - so lernen die meisten Studierenden das autonome AStA Referat "Schlosskeller" kennen. Wir haben aber deutlich mehr zu bieten als Parties und Clubveranstaltungen von StudentInnen für StudentInnen. Der Schlosskeller hat seit über 40 Jahren nicht nur die Aufgabe euch Raum zum Feiern zu bieten, sondern stellt auch immer wieder ein buntes Potpourri an kulturellen und politischen Veranstaltungen auf die Beine. Jeden Dienstag ab 20:30 Uhr gibt es beispielsweise Neues aus der Reihe "Kulturhäppchen", dessen Flaggschiff.

Die monatlich stattfindende, satirische

SSOUPskeller
www.schlosskeller-darmstadt.de

Kulturhäppchen reizEND Basement Grooves Elektroschule ...
SNotLDaD Improetry step.edit.club IDC Urban Styles Erasmus Party Pussy Jungle ...
Denkmodul indietronic freakout elektrofunk Glücksradparty Fachbereichspartys ...
Compact + Cut sommerkino Drift'n'Drive Subculture Punishment Kellergymnastik ...
Wohnkeller Radaudisko 70er80er Party SchriLL+Laut Bohemica ...

LateNightShow SNOTLDAD ist. An den übrigen Dienstagen präsentieren die Häppchen abwechselnd innovative Lesungen, politische Informationsveranstaltungen, Kurzfilmabende, JamSessions und vieles

mehr. Vorbeischaun lohnt sich also nicht nur am Wochenende.

weitere Infos unter: www.schlosskeller-darmstadt.de / www.kulturhaepchen.de

Partys auf 603qm



Seit nun bald 8 Jahren treibt das 603qm Studierende, Kulturbegeisterte und Klubgänger*innen liebevoll durch Tag und Nacht. Längst über regionale Grenzen hinausgewachsen bleibt es doch bodenständig und der Universität verbunden. Es ist mehr als nur ein Klub - es ist ein Ort der Begegnung, der Entspannung, zum Feiern und zum Schaffen. Denn du kannst immer wählen - gehst du hin oder machst du mit - Kaffee oder Bier - Techno oder Schmusen...oder doch alles auf einmal?! Wir laden euch herzlich ein mit uns zu lachen und zu weinen, zu tanzen und zu stolpern, zu schreien, singen, Tischtennis! - Gelb ist das neue Schwarz!

Einige ausgewählte Highlights:

KLUB auf 603qm
SA/16*04*2011
Vinyl: Sascha Funke (BPitch CTRL/Berlin)
Support: Samuel Maasho (Herz ist Trumpf)
Einlass: 23:00 Uhr

TOPSHAKE auf 218qm
SA/23*04*2011
Vinyl: Markus K & Weige (Funk & Soul Ding Dingaling)
Einlass: 23:00 Uhr

TANZ IN DEN MAI auf 603qm
SA/30*04*2011
Shir Khan vs. Ultramoodem (Exploited/Berlin)
Einlass: 23:00 Uhr

AStA TUD & StadtSchülerInnenRat präsentieren Rock gegen Rechts auf 231qm
SA/7*05*2011
Live: Skaya - Oktologue - The Great Bertholinies
Einlass 20:00 Uhr

LESUNG auf 231qm
SO/8*05*2011
Martin Sonneborn - Krawall & Satire
Einlass: 21:00 Uhr

Das komplette Programm, Infos und wie ihr bei uns mitmachen könnt findet ihr hier:

www.603qm.de
www.Facebook.com/603qm

Das AStA-Sommerfest

Mittlerweile etabliert sich das jährliche AStA Sommerfestival und präsentiert die studentische Kultur der TU Darmstadt.

Darunter sind viele Hochschugruppen, die Informationsstände und internationales Essen bereithalten. Die studentischen Mitglieder beteiligen sich auch an einem breit aufgestellten Programm, in dem unter anderem die Steptanzgruppe der TU auftritt.

In familiärer Atmosphäre soll es am Samstag, den 18 Juni starten. Bei einem Festival dürfen Bands natürlich nicht fehlen, so treten am Sommerfestival Zwei lokale Bands und der Sieger des AStA Bandcontestes auf.

Das gesamte Programm ist für Euch kostenlos.

Erst für die After-Party wird ein Eintritt von 3 Euro verlangt.

Wie in den letzten beiden Jahren wird das AStA Sommerfest im Schloss stattfinden. Ab 15:00Uhr laden wir im Schloss zur studentischen Kultur und ab 20:00 Uhr zu den Bands ein.

Infos zum Fest werden auf der Homepage veröffentlicht:

www.astasommerfest.org

Neuerungen beim RMV-AStA-Semesterticket

Ab Sommersemester 2011 gilt ein neuer Vertrag zwischen AStA und dem Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV). Der alte Vertrag läuft mit dem Wintersemester aus und um weiterhin die umweltfreundliche Mobilität der Studierenden zu gewährleisten, verhandelten alle hessischen AStA mit dem RMV über die Weiterführung dieses Erfolgsmodells. Ergebnis ist ein jetzt unbefristeter Vertrag mit einigen Neuerungen und Verbesserungen.

Neuer Gültigkeitsbereich und -zeitraum

So kann man mit dem Semesterticket jetzt auch in das Übergangsgebiet zum NVV (Nordhessischer Verkehrsverbund) fahren. Damit können alle Studierenden der TU Darmstadt zum Beispiel jetzt neu nach Bad Hersfeld, Bebra, Treysa oder Wabern fahren. Weiterhin gilt das Ticket natürlich wie bisher in allen öffentlichen Verkehrsmitteln im gesamten RMV-Gebiet und im Übergangsgebiet zum VRN (Verkehrsverbund Rhein-Neckar).

Für einige Nachbarverkehrsverbünde können weiterhin Anschluss-Semestertickets gekauft werden. So können Studierende, die regelmäßig nach Mannheim oder Heidelberg fahren sich für 163 Euro eine Fahrkarte kaufen, mit der sie ein Semester lang auch im gesamten VRN (ohne Westpfalz) mobil sind. Neuerungen gibt es auch für alle, die gerne Richtung Aschaffenburg fahren möchten. Leider konnte mit der Verkehrsgemeinschaft am bayrischen Untermain (VAB) in den Verhandlungen kein Ergebnis erzielt werden, dass es auf absehbare Zeit möglich macht mit dem Semesterticket nach Aschaffenburg fahren zu können. Wer regelmäßig an den Untermain fahren und dort auch die Buslinien benutzen möchte, kann sich als Anschlussfahrkarte für monatlich 52 Euro das TicketEasy kaufen. Wer nur hin und wieder in den VAB fährt, kann jetzt auch beim Zugbegleiter ohne Bedienungszuschlag Anschlussfahrkarten kaufen. Dazu müsst Ihr euch spätestens vor dem Grenzbahnhof (Babenhausen bzw. Großkrotzenburg) aktiv beim Zugbegleiter melden und Bescheid sagen, dass ihr eine Anschlussfahrkarte benötigt. Ihr erhaltet dann eine Fahrkarte zum normalen RMV-Tarif ab dem Grenzbahnhof bis zu eurem Ziel im VAB. Wenn man von Darmstadt über Babenhausen nach Aschaffenburg fährt, wäre es ab Babenhausen die Preisstufe 3, so dass die Einzelfahrkarte für Erwachsene 2,40 Euro kostet. In der Gegenrichtung müsst Ihr am Automaten ebenfalls eine normale Einzelfahrkarte bis Babenhausen lösen.

Ab dem Wintersemester 2011/2012 ist das Semesterticket auch mit einem Monat Vorlauf vor Semesterbeginn gültig. Es gilt dann also sieben statt sechs Monate. Das ist insbesondere interessant für Erstsemester, die dann bereits zum Besuch von Vorkursen oder zur Wohnungssuche mit Bus und Bahn nach Darmstadt fahren können.

Athene-Karte oder Studiausweis?

Was gilt jetzt als Fahrausweis? Entgegen bisheriger Ankündigungen wird das Semesterticket frühestens in einigen Semestern auf der Athene-Karte abgebildet. Bis dahin gilt weiterhin der Studiausweis in Verbindung mit einem gültigen Lichtbildausweis (z.B. Personalausweis) als Fahrtberechtigung. Wichtig ist, dass der Studiausweis nicht einlaminiert werden darf, weil er sonst ungültig wird. Über die Umstellung des Semestertickets auf die Athene-Karte werden wir Euch nochmals gesondert informieren, wenn es soweit ist.

Wie viel wird das Ticket jetzt kosten?

Mit dem neuen Vertrag ist es dem AStA gelungen eine unbefristete Vereinbarung mit dem RMV zu schließen. Dies hat den Vorteil, dass keine regelmäßigen Neuverhandlungen notwendig werden. In der Vergangenheit war es üblich, dass der

RMV bei Neuverhandlungen stets eine deutliche Anhebung des Fahrpreises gefordert hat. Für die kommenden Semester werden folgende Preise (inkl. USt.) festgelegt:

SS 11 und WS 11/12	95 Euro
SS 12 und WS 12/13	104 Euro
SS 13 und WS 13/14	110 Euro

Danach wird der Preis an die durchschnittliche, jährliche Preiserhöhung der Monatskarten im Auszubildendentarif angepasst.

Das Semesterticket ist nur so günstig, weil es auf einem Solidaritätsprinzip funktioniert. Alle Studierenden in Hessen sind zur Abnahme des Tickets verpflichtet. Da jeder das Ticket unterschiedlich intensiv nutzt, zahlen alle einen Durchschnittspreis mit einem großen Rabatt.

Gründe für die Rückerstattung

Eine Rückerstattung der Kosten für das Semesterticket ist aus einigen festgelegten Gründen möglich. Wem die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel nicht möglich ist, weil er/sie zum Beispiel ein Auslands- oder Urlaubssemester macht oder gleichzeitig an einer zweiten Hochschule im RMV-Gebiet immatrikuliert ist, kann das Geld für das Semesterticket zurück bekommen. Die Anträge sind jeweils bis drei Wochen nach Semesterbeginn (Achtung: nicht Vorlesungsbeginn) online zu stellen. Dazu sind auf unserer Homepage weitere Informationen zu finden. Wichtig ist dabei, dass die Fahrtberechtigung für das entsprechende Semester entfällt. Es kann auch im Nachhinein kein neues Ticket für das laufende Semester gekauft werden.

Ein neu hinzugekommener Rückerstattungsgrund ist der Krankheitsfall. Wer mit einem ärztlichen Attest nachweisen kann, dass die Nutzung von Verkehrsmitteln im RMV über einen Zeitraum von über drei Monaten nicht möglich war, erhält das Geld für das Semesterticket zurück. Anders als bei allen anderen Rückerstattungsgründen, kann man zu Semesterbeginn normalerweise nicht wissen, ob man länger krank wird. Deshalb können Anträge mit diesem Erstattungsgrund jederzeit bis spätestens drei Wochen nach Beginn des Folgesemesters gestellt werden. Nur in diesem Fall findet also eine Rückerstattung im Folgesemester ohne Wegfall der Fahrtberechtigung statt.

Was ist mit dem InterCity?

Die Benutzung der Züge des Fernverkehrs (IC, EC, ICE) bleibt weiterhin aus. Allerdings können sich Studierende, die eine bestimmte Strecke regelmäßig mit dem InterCity pendeln wollen, sich bei Besitz einer persönlichen DB-Schülerzeitfahrkarte 2. Klasse für IC/EC einen Teil der Kosten vom Semesterticket zurückerstatten lassen. Sonst würden sie praktisch den Nahverkehr doppelt bezahlen. Im Sommersemester 2011 werden 25 % des Preises der gekauften Fernverkehrsfahrkarte erstattet. Insgesamt erhält jeder Studierende hierbei maximal 50 % vom Preis des Semestertickets. Zu beachten ist, dass bei Fahrkarten, die über das Gültigkeitsgebiet des Semestertickets hinausgehen nur Teilstrecken im Gültigkeitsgebiet angerechnet werden können. Ebenso werden Zeiträume, die außerhalb des Gültigkeitszeitraums des Semestertickets liegen, nicht beachtet.

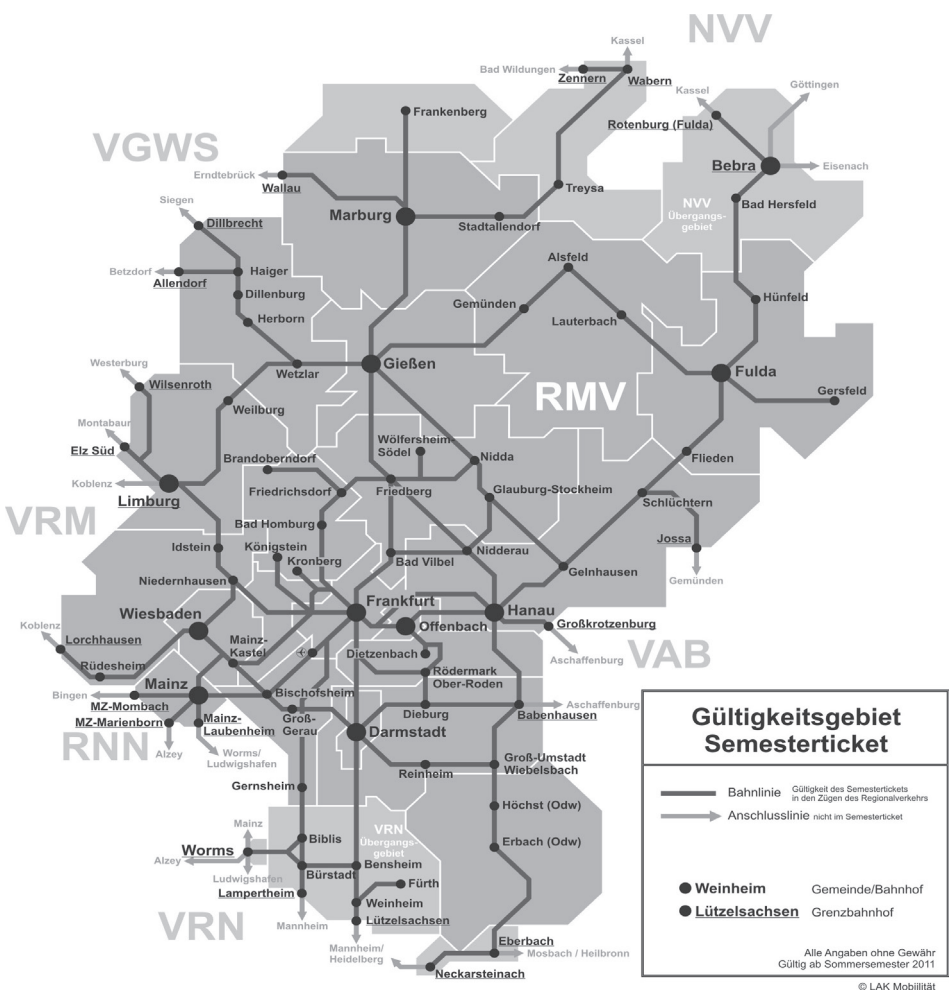
An einem kleinen Beispiel erklärt:

Eine Schülermonatskarte (IC/EC und Nahverkehr) für die Strecke von Heidelberg Hbf nach Darmstadt Hbf kostet 177 Euro. Da Heidelberg außerhalb des Gültigkeitsraums des Semestertickets liegt, wird allerdings nur der Preis für eine Fahrkarte ab dem Grenzbahnhof Lützelachsen nach Darmstadt Hbf betrachtet. Diese kostet 111 Euro und davon werden 25 % - also 27,75 Euro - erstattet. Maximal erhaltet ihr 50 % von dem gezahlten Semesterticketbeitrag zurück. Das sind für das Sommersemester 2011 dann 47,50 Euro.

Die Erstattung von diesen IC-Zeitkarten erfolgt aus einem Pool, der im Zusammenhang mit diesem Modellversuch festgelegt wurde. Wir werden uns im Wintersemester 2011/2012 mit dem RMV zusammensetzen und die Rückerstattungsätze, je nachdem wie dieses Angebot genutzt wurde, an die zur Verfügung gestellten Geldmittel anpassen.

Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr

Waren Studierende bislang mit der Begründung, dass das Semesterticket eine erheblich ermäßigte Fahrkarte darstellt, teilweise von den Fahrgastrechten ausgeschlossen, so gelten jetzt die gleichen Rechte wie für alle anderen Besitzer von Zeitkarten im Auszubildendenverkehr. Damit habt Ihr bei verspäteter Ankunft des Zuges von mindestens 60 Minuten Anspruch auf eine Entschädigung von 1,50 Euro. Es werden jedoch erst Erstattungsbeträge ab 4 Euro ausbezahlt.



Da her könnt ihr mehrere Erstattungsfälle sammeln und dann gemeinsam auszahlen lassen.

Ebenfalls ist ab Sommersemester 2011 auch die Nutzung eines höherwertigen Zuges bei abzusehenden Verspätungen von mehr als 20 Minuten möglich. Dazu müsst ihr euch allerdings eine entsprechende Fahrkarte kaufen, deren Kosten ihr anschließend geltend machen könnt. Wenn beispielsweise die Regionalbahn von Darmstadt nach Frankfurt eine Verspätung von voraussichtlich 30 Minuten hat oder ausfällt, könnt ihr euch eine normale Einzelfahrkarte für den InterCity kaufen und mit diesem nach Frankfurt fahren. Die entstehenden Kosten für die IC-Fahrkarte werden dann zurückerstattet. Dazu gibt es ein Antragsformular, das ihr auf der Website des RMV findet oder in den RMV-Mobilitätszentralen erhaltet. Unter gewissen Umständen werden auch die entstehenden Kosten bei Nutzung eines anderen Verkehrsmittels (z.B. Taxi) erstattet, allerdings sind zunächst zur Verfügung gestellte Ersatzangebote zu nutzen.

Weitere Infos zum Semesterticket...

... gibt es in Kürze im neu gestalteten Flyer zum Semesterticket und auf der Homepage des AStA www.asta.tu-darmstadt.de. Darüber hinaus könnt ihr uns auch gerne eure Fragen stellen an verkehr@asta.tu-darmstadt.de.

Förderverein für in Not geratene Studierende der TU Darmstadt e.V.

Wer wir sind

Wir sind ein gemeinnütziger Förderverein, der von Studierenden für Studierende der TH Darmstadt im Jahre 1992 gegründet wurde.

Warum ein Förderverein?

Die soziale Lage eines Großteils der Studierenden hat sich in den letzten Jahren zusehends verschlechtert und es sind daher immer wieder Notfälle oder besondere Härtefälle abzufedern. Dem haben wir unseren ehrenamtlichen Einsatz gewidmet.

Was wir wollen - unsere Ziele

Unser Hauptanliegen ist die Unterstützung wirtschaftlich in Not geratener Studierender der TU Darmstadt sowie die Förderung und Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen der Studierenden.

Wie wir helfen

Alle immatrikulierten Studierenden der TU Darmstadt sind berechtigt, einen Antrag auf einmalige finanzielle Unterstützung zu stellen. Die Unterstützungswürdigkeit beurteilt der Vereinsvorstand nach detaillierten Vergaberichtlinien. In erster Linie werden Beiträge zur Krankenversicherung, an das Studentenwerk bzw. die Studierendenschaft übernommen. Weiterhin können die Übernahme von Mietkautionen, Zuschüsse zu Unterkunftskosten und zu anderen Zahlungsverpflichtungen geleistet werden.

Wie können Sie uns helfen?

Sie können als Mitglied der TU Darmstadt ordentliches Vereinsmitglied ohne eine Verpflichtung zur Beitragszahlung werden. Von ordentlichen Mitgliedern erwarten wir die konkrete Mitarbeit im Verein.

Sie können als natürliche oder juristische Personen auch förderndes Mitglied werden. Sie zahlen einen Beitrag nach eigenem Ermessen und tragen durch Ihren finanziellen Beitrag maßgeblich zur Hilfe durch den Förderverein bei.

Alle weiteren Informationen und die Beratungszeiten bekommt ihr im AStA Büro.

Der AStA hat ein neues Logo

Die Eule als aufmerksame Wächterin



AStA
TU Darmstadt

Warum eine Eule?

Die Eule ist das neue Logo des AStA der TU Darmstadt. In der griechischen Mythologie steht die Eule für Klugheit und den Überblick auch in der Dunkelheit und ist das Symbol der Athene oder auch Athena. Athena ist die griechische Schutzpatronin der Stadt Athen, Göttin der Weisheit, der Strategie und des Kampfes und Schirmherrin der Künste und der Wissenschaft - und auf dem Logo der TU Darmstadt abgebildet!

Als kritische Beobachter*innen und zu gleich Teil der TU Darmstadt konnten wir

uns vom AStA her sehr gut mit der Eule identifizieren.

Warum ein neues Logo?

Da das alte Logo durch seinen Farbverlauf häufig zu Problemen beim Druck führt, beschlossen wir, uns vom orangenen Oval zu lösen und ein neues Logo zu erstellen. Nach vielen Brainstormings, Ideen und Vorschlägen fiel unsere Entscheidung schließlich auf das Symbol der kleinen Eule, die im Aberglauben auch Unglücksbotin oder Heilsversprecherin sein kann und nachtaktiv ist, wie wir!

Lass Dich beraten im Campus Office!

Werde aktiv in der DGB-Jugend-Hochschulgruppe!



Bild: S. Schmidt

Wenn Du Lust hast aktiv zu werden, melde Dich bei: sascha.schmidt@dgb.de

Zwei Drittel aller Studierenden arbeiten neben dem Studium, die meisten davon sind auf jeden Cent aus dem Nebenjob angewiesen. Aber wer weiß schon genau, worauf man beim Jobben achten muss? Bundesweit zeigen die zahlreichen, durch Gewerkschaften organisierten und von Studierenden geführten Campus Offices und Hochschulinformationsbüros, dass eine gemeinsame gewerkschaftliche Platt-

form an Hochschulen wichtig ist. In Darmstadt gibt es bereits an der TU Darmstadt und der HDA ein DGB-Jugend Campus Office (CO).

Das CO bietet dir an deiner Hochschule regelmäßige Beratung rund um die Themen Rechte und Pflichten in Nebenjob und Praktikum an. Darüber hinaus könnt ihr euch zu den Themen Sozialversicherung, Arbeitsvertrag, Arbeitszeugnis uvm. informieren. Die Beratung ist kostenlos und vertraulich.

Über die bestehenden COs hinaus planen wir zum Sommer 2011 die Einführung einer DGB-Hochschulgruppe an der TU Darmstadt. Solche DGB-Hochschulgruppen verstehen sich als überparteiliche Zusammenschlüsse von Studierenden und HochschulmitarbeiterInnen, die unabhängig von Studierendenvertretungen und anderen Hochschulgruppen sind. Dabei setzen sich solche DGB-Hochschulgruppen für in Bedrängnis geratene Studierende und Mitarbeiter*innen ein und versuchen langfristig bessere Arbeitsbedingungen, höhere Einkommen und mehr soziale Sicherheit vor Ort zu erkämpfen. Dazu gehört auch die inhaltliche Auseinandersetzung dort vorherrschenden Bedingungen vor Ort. Mittels Veranstaltungen können Probleme wie auch bessere Perspektiven thematisiert werden.

Rechtsberatung im AStA

Du hast Probleme mit deiner Vermieterin oder deinem Vermieter, deine Arbeitgeberin oder dein Arbeitgeber verlangen von dir Dinge, auf die du nicht einlassen willst oder sie haben dir gekündigt?! Egal warum, als eingeschriebene Studierende habt ihr ein Anrecht auf eine kostenlose Erstberatung bei einer Anwältin oder Anwalt des AStA der TU Darmstadt.

Die Rechtsberatung findet jeden Donnerstag ab 15:00 Uhr in den Räumen des AStA in der Stadtmitte statt (S103/056). Eine Anmeldung über das AStA-Büro ist für die Koordination erforderlich. Bitte

denk daran, euren Studierendenausweis mitzubringen! Das Büro des AStA ist von Montag-Freitag zwischen 9:30-14:00 Uhr geöffnet.

Finanziert wird die kostenlose Erstberatung in rechtlichen Angelegenheiten von den Geldern der Studierendenschaft.

Es lohnt sich, bei politisch schwerwiegenden Verfehlungen gegenüber euch zusätzlich den AStA um politischen Beistand aufzusuchen. Wir können die rechtliche Auseinandersetzung politisch begleiten und euch nach Kräften unterstützen.

23

informationen

Fakten...

Der AStA bekommt eine neue Website

2011 wird die neue Serverstruktur im AStA umgesetzt. Nun folgt im Sommersemester neben dem neuen Logo eine neue Website. Hier soll neben der Funktionalität auch an der Übersichtlichkeit gearbeitet werden. Ebenso soll ein Forum für Diskussionen um hochschulpolitische Themen implementiert werden.

2011 werden 100.000 Euro im Haushalt eingespart

Fachwerk und die Grünen sparen im Haushalt 2011 weiter ein. Trotz Kultursubventionen wird nun jedes Haushaltsjahr, bis entsprechende Rücklagen gebildet wurden, im politischen Haushalt 100.000 Euro zurück legen. Durch den Anstieg der Studierendenzahlen kann die Studierendenschaft trotz der vielen Einsparungen mehr Geld für die Fachschaften und Hochschulgruppen bereit stellen. Gleichzeitig ist eine entsprechende Anpassung der Töpfe im politischen Haushalt vorgenommen worden und ausreichend Mittel für die Anpassung der Gehälter der Beschäftigten im AStA bereit gestellt worden.

Neue Plakatierregeln auf dem Campus Stadtmitte

Immer wieder wurden in der Vergangenheit auf dem Unigelände massiv für private kommerzielle Parties geworben. Dies wird mittlerweile vom AStA streng geahndet. Es erfolgt zeitnah eine Abmahnung. Passiert es öfters, werden rechtliche Schritte gegen die entsprechenden Veranstalter*innen eingeleitet.

In dem Zusammenhang wird es in Zukunft mehr studentisch verwaltete Plakatiermöglichkeiten geben. Gerade kleinen subkulturellen und politischen Veranstaltungen kann so Rechnung getragen werden.

Bei Fragen wendet euch an fachschaften@asta.tu-darmstadt.de

Auch nicht-akkreditierte Hochschulgruppen erhalten Förderung des AStA

Die Hochschulleitung hat ohne die Studierendenschaft Richtlinien für die Akkreditierung einer Hochschulgruppe an der TU Darmstadt erlassen. Die Studierendenschaft sieht darin eine formale Hürde für Studierende, die sich organisieren wollen und erkennt aus diesem Grund die Akkreditierung nicht an. Entsprechend unserer Richtlinien zur Kostenerstattung können sich auch Hochschulgruppen die nicht akkreditiert sind von uns fördern lassen.

Termine der akademischen Selbstverwaltung 2011 der TU Darmstadt

Studierendenparlament:
20. April, 19. Mai, 14. Juni, 13. Juli

Senat:
18. Mai, 29. Jun, 24. Aug, 28. Sept, 26. Okt, 14. Dez

Universitätsversammlung:
15. Jun, 2. Nov

Hochschulwahlen:
06. Jun bis 09. Jun in den Mensen und weiteren Wahllokalen

Ausbau der Büros der Studierendenschaft auf der Lichtwiese

Mit dem Bau des neuen Hörsaalzentrums auf der Lichtwiese wird sich das studentische Leben mehr und mehr auf die Lichtwiese verschieben. Deshalb ist es wichtig, dass die Studierendenschaft dort sichtbar ist und ihre Angebote für Studierende vor Ort anbieten kann. Deswegen bemühen wir uns derzeit darum, entsprechend zentral und sichtbar ein ausreichend großes Büro im Hörsaalzentrum zu erhalten. Dort wollen wir die Öffnungszeiten ausweiten, vor allem die Beratungsmöglichkeiten ausbauen und auch mit Referent*innen vor Ort sein.

Freiräume statt Leeräume

Zum Wintersemester 2011/12 werden in Darmstadt geschätzte 1000 Wohnheimsplätze fehlen. Weder der private Wohnungsmarkt, noch die vereinzelten Versuche des Studentenwerks oder des stadt-eigenen Bauvereins werden dazu beitragen, dass die Wohnungssituation sich in den kommenden Semestern entspannen wird. Hier beweist die Stadt Darmstadt erneut, dass der Titel Wissenschaftsstadt wohl eher Schein, als Wirklichkeit ist. Wir erwarten von den Verantwortlichen, dass zeitnah mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird, ansonsten werden Aneignungen von Leerräumen in den nächsten Jahren unvermeidbar.

Derzeit kein vergünstigter Briefversand über den AStA möglich

Der AStA hat sich zum 31.12.2010 von dem Briefzusteller Maximail getrennt. Der Grund hierfür liegt in den menschenunwürdigen Beschäftigungsverhältnissen im Betrieb. In der Vergangenheit wurde die arbeitsrechtliche Vertretung und die betrieblich organisierten Beschäftigten immer wieder unter Druck gesetzt. Das Unternehmen hat 2010 eine massive Tarifflicht begangen, in dem sie ihrer Stammbelagschaft kündigte und manche in einer Zeitarbeitsfirma zu deutlich geringerem Lohn übernahm. Wir bemühen uns darum, dass in Zukunft über eine Packstation zu sehr guten Konditionen Post vom Campus aus versendet werden kann.

An der TU Darmstadt darf es keine Forschungsprofessuren geben

Auf Nachfrage des AStA bestätigte uns Präsident Prömel, dass es an der TU Darmstadt keine reinen Forschungsprofessuren gibt und geben wird. In unseren Augen liegt bereits eine reine Forschungsstätigkeit vor, wenn die Professor*innen Veranstaltungen in ihrem Namen anbieten, diese aber überwiegend bis gar nicht selbst halten. Wenn ihr dies beobachtet oder selbst erlebt, bitten wir euch darum, es uns umgehend mitzuteilen.

Hochschulwahlen im Sommersemester 2011

Im Sommersemester sind Wahlen des Studierendenparlaments, der Universitätsversammlung und der Fachbereichsräte und Fachschaftsräte. Wenn ihr in den Gremien mitarbeiten möchtet, wendet euch an eure Fachschaft oder an eine politische Hochschulgruppe.

Alle Studierende, die an der TU Darmstadt eingeschrieben sind, werden wahlberechtigt sein. Eine hohe Wahlbeteiligung ist wichtig, um die Stimme der Studierenden in den akademischen Gremien legitimieren zu können.

Mehr Geld für Fachschaften und Hochschulgruppen

Im Haushalt 2011 wurde erstmalig das Budget der Fachschaften von 25.000 auf 34.000 angehoben. Eine Erhöhung ist aus Sicht des AStA notwendig geworden, da mit den steigenden Studierendenzahlen natürlich auch der Bedarf der Fachschaften steigt. Der AStA erhofft sich, dass die Anpassung des Budget die überwiegend gute Arbeit der in den Fachschaften aktiven Menschen unterstützen wird. Wir würden es begrüßen, dass die Gelder nicht nur für Weiterbildungen, Tagungen und Parties, sondern auch für politische Veranstaltungen der Fachschaften verwendet wird.

Ebenso werden die Hochschulgruppen in ihren vielfältigen Angeboten durch eine Anpassung ihres Budgets von 9000 auf 10000 weiter unterstützt. Hier werden Hochschulgruppen und Initiativen ohne weitere Förderungsmöglichkeiten in diesem Jahr besonders gefördert werden.

Wenn ihr also für eine Veranstaltung oder ein Projekt gezielt gefördert werden möchtet, wendet euch an unser Finanzreferat.

Der AStA sucht...

eine*n Referent*in für IT-Support und Anwendungsprobleme im AStA

Die gesuchte Person soll nach Möglichkeit bei Drucker- oder Anwendungsproblemen in der AStA-Infrastruktur kurzfristig Erste Hilfe leisten und unseren IT-Menschen entlasten.

eine*n Referent*in für Mobilisierung und Bekanntmachung

Das Aufgabengebiet der Person umfasst das regelmäßige und verlässliche Verteilen und Anbringen von Werbemaßnahmen auf dem Campus und im Stadtgebiet nach Absprache.

AStA des Jahres 2009 entlastet

Nach längerer Debatte im Studierendenparlament konnte der Rechnungsprüfungsausschuss mit Unterstützung des jetzigen AStA eine erfolgreiche Entlastung des AStA 2009 durchführen. Nun scheint die erste Hürde geschafft und der Rechnungsprüfungsausschuss kann nun die Jahre 2010 und das derzeitige Jahr prüfen. Wir erwarten eine zügige und gründliche Prüfung der Geschäfte des AStA.

Renovierungsarbeiten in der Food Coop

Das Studentenwerk Darmstadt wird im Sommersemester 2011 Renovierungsarbeiten in der Mensa Stadtmitte vornehmen. Voraussichtlich ab August werden auch die Räumlichkeiten der Food Coop betroffen sein, sodass während dieser Maßnahmen kein Ladenverkauf möglich sein wird.

Bestellungen können aber weiterhin über tu-foodcoop@web.de entgegengenommen werden.

Darüber hinaus sucht die Food Coop weiterhin motivierte Menschen, die sich ehrenamtlich im Verein engagieren. Wenn du Interesse hast oder einfach nur mehr über die Food Coop erfahren möchtest, frag die Referenten für die Food Coop im AStA oder komm einfach in der Food Coop zwischen Audimax und Mensa Stadtmitte vorbei.

Aktuelle Öffnungszeiten: Mo-Do 12-14h.